

S. 139 f.) hat Papst Pius XII. auch eine Frage berührt, die alle Sportler besonders interessiert, nämlich das Verhältnis der sportlichen Technik zum Geist. Der Papst lobt den katholischen Sportverband, daß er in diesen Jahren die Weisungen des kirchlichen Lehramts treulich befolgt und den Geist nicht vernachlässigt habe. Er anerkennt sodann, daß über die allgemeine Körperschulung hinaus eine technisch-wissenschaftliche Orientierung des Sports notwendig ist, um die wettkämpferischen Leistungen über das Normale zu steigern, wozu ein bloßer Dilettantismus beim besten Willen nicht in der Lage ist. Es sei Sache des Arztes, darüber zu entscheiden, wann ein junger Sportler körperlich reif ist, dieser Hochform des Sports beizutreten. In jedem Falle müsse bedacht werden, daß die lobenswerte Technik nicht zum Hindernis wird für die Entfaltung der geistigen Kräfte, die letzten Endes das wahre Geheimnis eines jeden glücklichen Erfolges sind. Auch die Zuschauer in den Stadien erwarten, daß die Wettkämpfer nicht nur als kalte Techniker des Sports einander gegenüber treten, sondern daß sie mit dem Herzen kämpfen. So ist selbst in dieser sachlichsten Frage des Sports der Papst mit großem Verständnis um die Ganzheit und Würde des Menschen besorgt. Er hält es für wichtig, daß alle für den Sport Verantwortlichen nicht nur geistig, sondern auch technisch gut unterrichtet sind.

4. Der Papst will es aber nicht den amtlichen Organen der Kirche und den katholischen Verbänden allein überlassen, den Gefahren des modernen Sportbetriebes Einhalt zu gebieten, die durch geschäftliche Interessen noch gesteigert werden. Er appellierte auch an die Sportberichterstatter, die er am 10. November 1951 empfing: sie seien nicht nur Reporter, um den Verlauf sportlicher Veranstaltungen lebendig und fachlich zu schildern, sie hätten auch die Meinung zu formen. Sie sollten daher in ihren Berichten an der rechten Stelle, sei es durch Einleitung oder Schluß oder durch passende Zwischenbemerkungen, den Sport in das rechte Licht rücken, seine sittlichen und geistigen Eigenschaften gebührend zeigen und ihn in das Gesamt des menschlichen und christlichen Lebens einordnen. Sie sollten Zeugnis dafür ablegen, daß der Gemeinschaftssinn des Sports auch auf Familie, Beruf, Volk, Vaterland und schließlich auf die Kirche übergreift. „Aus Schwäche, Zeitvertreib und Scham seine Pflicht gegenüber der Familie, der Gesellschaft, der Religion zu vernachlässigen, das ist in erster Linie unsportlich“, sagt der Papst. Das Familienleben, das heute durch die Wirtschaftsstruktur aufs ernsteste bedroht ist, sei so kostbar, daß man ihm auch von der sportlichen Berichterstattung Schutz angedeihen lassen sollte. Der Papst bezeichnet in diesem Zusammenhang den Apostel Paulus als den Schutzpatron der Sportjournalisten und zitiert aus dem 9. Kapitel des 1. Korintherbriefes jene bekannten Sätze: „Wißt ihr es nicht? Bei den Spielen in den Stadien nehmen alle teil am Lauf, doch nur einer erringt den Preis. Laufet so, daß ihr gewinnt. Die Ringkämpfer unterwerfen sich einer strengen Zucht, und das für einen rasch welkenden Kranz. Wir aber tun es für einen unvergänglichen Kranz.“

So nimmt der Vater der Christenheit, der selber wie auch sein Vorgänger von früh an ein guter Sportler war, das große Anliegen des heutigen Menschen, die Sportbegeisterung, in die Wertschätzung und Sorge der Kirche auf. Es genügt aber nicht, daß nur das Lehramt sorgt und mahnt. Darum wünscht der Heilige Vater, daß wir alle für diese

Sache beten und sie uns zu eigen machen. Von einem rechten Sport können ebenso wie von einem rechten Arbeitsethos segensreiche Wirkungen für eine Erneuerung der gesamten christlichen Askese ausgehen, ohne die wir den Versuchungen der Gegenwart nicht wirksam standhalten werden.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Päpstliche Dankschreiben

Papst Pius XII. hat in einem längeren Handschreiben Bundespräsident Theodor Heuss für dessen Glückwünsche zu den Papstjubiläen dieses Jahres gedankt und ihm und dem deutschen Volk Gottes reichsten Segen für Gegenwart und Zukunft erbeten. Bundespräsident Heuss hatte Pius XII. in einem Handschreiben gratuliert und ihm eine Sammlung Berliner Stiche zum Geschenk gemacht.

Das Handschreiben des Heiligen Vaters hat folgenden Wortlaut: „Hochgeehrter Herr Präsident, nehmen Sie tiefempfundenen Dank entgegen für die edle Aufmerksamkeit, mit der Sie durch ein Handschreiben uns persönlich und als Sprecher des deutschen Volkes Ihre verehrten Wünsche entboten und Ihre vornehme Gesinnung dem Oberhaupt der katholischen Kirche gegenüber bekundeten.

Unser Dank gilt im besonderen der Gabe von einzigartigem geschichtlichem und künstlerischem Wert, die Sie, hochgeehrter Herr Präsident, Ihrem Glückwunsch beizufügen die Liebenswürdigkeit hatten und die uns ein kostbares Andenken an das uns einst liebgewordene Berlin ist. Das Berlin des friedlichen und frohen Daseins, das die reiche Zahl der alten Stiche vergegenwärtigt, spricht um so stärker zum Gemüt, als es die ganze Schärfe des Gegensatzes fühlen läßt nicht nur zur geistes- und wirtschaftsmächtigen Weltstadt, die es hernach geworden, sondern vor allem zu dem erschütternden Schicksal, das der Zweite Weltkrieg und seine Folgen über die Stadt gebracht haben.

Es ist so, wie Sie sagen, daß unser Pontifikat angefüllt war mit politischen und gesellschaftlichen Erschütterungen, die ihresgleichen suchen. Um so mehr empfinden wir die Mahnung, zu retten und zu helfen, die ständig an alle ergeht, welche kraft ihres Amtes für das allgemeine Wohl mitverantwortlich sind. Ihr Schreiben, hochgeehrter Herr Präsident, ist uns Ermutigung, und solange Gott uns die Kraft gibt, wollen wir nicht müde werden, wie es unsere Pflicht ist, uns für die Erhaltung und Belebung der sittlichen und religiösen Werte ganz einzusetzen.

Daß uns ein Jahrzehnt fruchtbarer Arbeitens in Deutschland beschieden war, dafür sind wir der göttlichen Vorsehung dankbar — nicht allein um jener Jahre willen, sondern auch im Hinblick auf die folgende Zeit bis heute, in der Deutschland so stark im Mittelpunkt der Weltaufmerksamkeit stand und eine entscheidende, wenn auch von düsterer Tragik gezeichnete Periode seiner Geschichte durchlief. Unser jeweiliges Amt — vor und nach dem 2. März 1939 — brachte es mit sich, daß wir zu vielem, was dort vor sich ging, Stellung nehmen mußten. Die eigene Erfahrung von Deutschland und seinem Volk, die wir in langen Jahren gesammelt hatten, wies uns dabei

am zuverlässigsten den Weg und bewahrte Uns vor Fehlurteilen, die sonst vielleicht unvermeidlich gewesen wären. Wir kennen die Fähigkeiten und Kräfte, auch die sittlichen, die im deutschen Volk ruhen. Es hat sie ja auch in den Nachkriegsjahren von neuem bewiesen. Möge es nur immer die Seele seiner Kultur, das christliche Denken und die christliche Gesittung, unverfälscht und treu bewahren.

Wir erbitten Gottes reichsten Segen auf die Gegenwart und Zukunft Ihres Volkes, vor allem aber auf Ihre Person, hochgeehrter Herr Präsident, und das höchste Amt, das Sie in der Bundesrepublik Deutschland so würdig bekleiden.

Aus dem Vatikan, den 14. März 1956

gez. Pius pp. XII.“

Der Dank an Nuschke

Etwa zur gleichen Zeit übermittelte der Substitut der Staatssekretarie, Msgr. Dell'Aqua, im Auftrage des Heiligen Vaters ein Schreiben an Otto Nuschke, Ostberlin. Es hat folgenden Wortlaut:

„Die ehrfurchtsvolle Adresse, die Sie im eigenen Namen wie im Namen der Christlich-Demokratischen Union Seiner Heiligkeit anlässlich der verflossenen Feierlichkeiten übermittelten, ist richtig an ihre Bestimmung gelangt.

Hiervon Kenntnis gebend, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß Seine Heiligkeit Ihnen für die höfliche Aufmerksamkeit dankt. Höchstderselbe sendet Ihnen darüber hinaus beste Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen und bittet Gott, er möge Sie erleuchten und stärken zu vollem Einsatz, daß auch in Ihrem ihm teuren Lande die Gesetze Gottes und der Kirche anerkannt werden und Schutz finden.“

Das Schreiben datiert vom 27. März. Es wurde am 25. April durch die Ostberliner Zeitung „Neue Zeit“ der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Am 27. April veröffentlichte der „Osservatore Romano“ den italienischen Wortlaut des Briefes und wies darauf hin, daß der Brief an Otto Nuschke in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der ostzonalen CDU, nicht als stellvertretender Ministerpräsident der DDR gerichtet sei. In der gleichen Nummer behandelte die vatikanische Zeitung, offenbar um einer mißverständlichen Auslegung des Schreibens vorzubeugen, noch einmal die Frage des Verhältnisses von Kirche und Kommunismus, ausgehend vom Englandbesuch der sowjetischen Staatsführer. Bezüglich des Nebeneinanders, das sich zuweilen in der Politik nicht vermeiden läßt, und der religiösen Koexistenz heißt es in diesem Artikel:

„Solange man erklärt, daß in der Gesellschaft der Staaten das notwendige Zusammenleben auf politischen Verträgen und Kompromissen beruht, die zwischen verschiedenartigen und infolgedessen gegensätzlichen politischen Realitäten abgeschlossen werden, hat niemand, die Ansprüche der Moral vorbehalten, etwas dagegen einzuwenden. Aber wenn man glaubt, mehr oder weniger bewußt, auf Grund unvollständiger Unterrichtung, die Art von ‚Koexistenz‘ begünstigen zu sollen, die nicht mehr das politische, sondern das religiöse Feld berührt, dann sehen sich die Katholiken verpflichtet, mit gerechter Strenge den Tatsachen die Ehre der Wahrheit zu geben, so wie sie sich darbietet.“

Wie der römische Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mitteilt (28. 4.), fand bereits im vergan-

genen Jahr ein Briefwechsel zwischen Nuschke und dem Vatikan statt, ohne daß er, wie diesmal, der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde.

Der Film zwischen Ideal und Wirklichkeit

Als vor nunmehr zwanzig Jahren (29. Juni 1936) Papst Pius XI. in der Enzyklika *Vigilanti cura* zum Film

und zu den daraus erwachsenen neuen Seelsorgsaufgaben Stellung nahm, wirkten seine Ausführungen auf die ganze Welt fast sensationell. Zwar gab es schon seit 1926 die „Filmarbeitsgemeinschaft der Deutschen Katholiken“ und seit 1928 das „Office Catholique International du Cinéma“ (OCIC), aber noch nie in den vierzig Jahren, die damals seit Entstehung des Filmes vergangen waren, hatte sich die Kirche lehramtlich dazu geäußert.

Die Enzyklika *Vigilanti cura* wurde der Ausgangspunkt der eigentlichen katholischen Filmarbeit. Während auf kinotechnischem Gebiet eine Erfindung und Verbesserung die andere ablöste und neue Vorführtechniken die alten überrundeten, wurden von kirchlicher Seite in mühevollster Kleinarbeit Fachgremien und Filmdienstorgane zur religiös-sittlichen Bewertung, nationale und diözesane Filmbüros und ambulante Vorführstellen ins Leben gerufen und ausgebaut. In Deutschland erfolgte die Gründung der „Filmliga“ im Jahr 1951, nachdem vor allem die USA mit ihrer „Legion of Decency“ beispielgebend vorangegangen waren. Wie soeben bekannt wird, liegt die Diözese Trier mit 274 000 Mitgliedern innerhalb Deutschlands prozentual an der Spitze.

Papst Pius XII. hat die Initiative seines Vorgängers verstärkt fortgesetzt und mit den internationalen Gremien der Filmproduzenten, Filmverleiher und Kinobesitzer Kontakt gepflegt; zuletzt richtete er im Oktober 1955 an sie seine ausführliche Ansprache „Über den idealen Film“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 25 und 130).

Dieses systematische Apostolat ist nicht ohne Frucht geblieben; die katholische Filmarbeit stellt auf der Produzenten- wie auf der Konsumentenseite einen nicht mehr wegzudenkenden Faktor dar. Dennoch wäre es falsch, in den Anstrengungen zu erlahmen und einer inneren Abneigung nachzugeben, wie sie vernünftige Menschen beim Thema Film nicht ohne Grund manchmal überkommen möchte. Vor allem auf jugendpädagogischem Gebiet ist der Film von einer so gleichbleibend elementaren Wichtigkeit, daß niemand, der mit der Jugend zu tun hat, die Mühe und bisweilen die thematische Langweiligkeit scheuen darf, um in den Filmfragen auf dem laufenden zu bleiben. (Über das Thema „Film und Jugendschutz“ ist soeben eine kurze Schrift des Volkswartbundes, Köln-Klettenberg, Lohrbergstraße 49, erschienen, auf die Interessenten hingewiesen seien. Sie berücksichtigt die Ergebnisse der wissenschaftlich-praktischen Arbeitstagung „Film und Jugendschutz“ vom Februar 1956 in Karlsruhe und formuliert die entsprechenden Vorschläge zur Verbesserung des Jugendschutzes und zur Förderung des Jugendfilms.)

Fragwürdige Lebensmacht auf dem Dorf

In der Bundesrepublik existieren derzeit rund 5 500 ortsfeste Lichtspieltheater mit insgesamt 2,2 Millionen Sitzplätzen. Im Gesamtdurchschnitt geht der Bürger Westdeutschlands jährlich 13mal ins Kino; er steht damit an vierter Stelle hinter England (26mal), USA (23mal) und Italien (16mal).

Der Kinobesuch ist zwar in den Großstädten um einiges häufiger (West-Berlin 27, Nürnberg und Freiburg 20); daß jedoch das Phänomen Film keineswegs nur mehr auf die Stadt beschränkt ist, untersucht ein Bericht im „Rheinischen Merkur“ (Nr. 14, 6. April 1956). Danach stellen die Einwohner der Dörfer und Kleinstädte rund 46% aller westdeutschen Kinobesucher. Nur 30% der Landbevölkerung haben keine Möglichkeit zu einem ständigen Kinobesuch am Wohnort, doch besuchen 8% regelmäßig umliegende Filmtheater, während 10% von den 335 Wanderspielunternehmen der Bundesrepublik versorgt werden.

Was aber bekommt man in diesen Dorfkinos zu sehen, fragt der „Rheinische Merkur“. „Ein bekannter Filmverleih, dem diese Frage gestellt wurde, meinte kurz und bündig: „... teilen wir Ihnen mit, daß auf dem Land grundsätzlich unproblematische, meist heitere Filme zur Aufführung gelangen.“ Was darunter zu verstehen ist, lehren beispielsweise die Reklameanzeigen der Landzeitungen. Da läuten sie denn unentwegt, die ‚Heimatglocken‘, während ‚Am Brunnen vor dem Tore‘ ‚Dieschöne Müllerin‘ auf ihren ‚Heideschulmeister‘ wartet und die ‚Rosen auf dem Heidegrab‘ verblühen. ‚Im sündigen Dorf‘ findet unterdes ‚Das Bad auf der Tenne‘ immer noch statt... Ein zweiter Verleih, dem ich meine Frage stellte, meinte denn auch: ‚Bauern-, Gebirgs- und Heimatfilme sind das beste Geschäft.‘ Wirklich gute Filme sieht man auf dem Dorf vorab deshalb so selten, weil das Land nach bisher üblicher Praxis weithin nur den Filmabfall erhält, bloß 60 bis 100 von 700 auf dem Markt angebotenen Filmen.“ Angesichts einer solchen Situation eröffnen sich für den Landseelsorger und den Dorflehrer um so größere Aufgaben, je weniger der Filmverleih seiner Aufgabe gerecht wird. Nach den Erfahrungen eines regen evangelischen Landpastors hält eine schlechte kirchliche Filmkritik bei entsprechender Verbreitung 20% der sonstigen Besucher von den Aufführungen fern, während umgekehrt bei monatsbesten Filmen der Besuch um 50% anstieg. Die Aussicht auf Steuerermäßigung bei predikatisierten Filmen und jugendpflegerischen Veranstaltungen macht die Kinobesitzer einer geeigneten Einflußnahme durchaus geneigt.

Kirchliche Filmbilanz 1956

Der katholische „Filmdienst“ (Düsseldorf, 1. April 1955) legte seinerzeit eine statistische Übersicht für alle seit Kriegsende bis März 1955 geprüften Filme vor, die als „sehenswert“ (aus den Einstufungen 1 bis 2 EE) bezeichnet werden konnten; ihnen wurden diejenigen Filme gegenübergestellt, die mit 3 (abzuraten, gefährdend) und 4 (abzulehnen, Glaube und Sitte zersetzend) eingestuft werden mußten. In einer der letzten Nummern des „Filmdienstes“ (12. April 1956) folgte nunmehr die gleiche Übersicht für die Zeit vom März 1955 bis März 1956. Nachdem wir die erste Tabelle im vergangenen Jahr schon auszugsweise wiedergegeben haben (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 520), fassen wir nunmehr die beiden zeitlichen Übersichten zusammen und lassen der Aufgliederung nach den Herkunftsländern eine weitere nach Filmgattungen folgen. Einstufung 1 bedeutet „Für alle, auch für Kinder ab etwa 10 Jahren“, 3 und 4 sind oben erläutert. Die Bruchziffern beziehen sich auf Gemeinschaftsproduktionen mehrerer Länder.

Sehenswert:				Abzulehnen:	
1	Zus.		Zus.	3	4
<i>Herkunftsland:</i>					
45 ^{1/2}	164 ^{1/2}	USA	23	23	—
23 ^{1/2}	59	Bundesrepublik	36 ^{1/2}	33 ^{1/2}	3
19	54	England	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	—
9	51 ^{1/2}	Frankreich	69	54 ^{1/2}	14 ^{1/2}
4	29	Italien	16 ^{1/2}	16	1 ^{1/2}
5 ^{1/2}	15 ^{1/2}	Österreich	11 ^{1/2}	11 ^{1/2}	—
12 ^{1/2}	34 ^{1/2}	Übrige Länder	20	17	3
<i>Filmgattung:</i>					
5	115	Dramatische Filme	44	40	4
8	64	Lustspiele	37	29	8
4	43	Zeitfilme	4	4	—
17	23	Naturspielfilme	—	—	—
6	20	Histor. u. biogr. Filme	8	6	2
11	24	Volkstücke	18	16	2
5	18	Abenteurerfilme	12	12	—
17	24	Märchen- und Legenden	1	1	—
—	16	Kriminalfilme	26	26	—
2	10	Religiöse Filme	2	2	—
1	9	Musik- und Ausstattungsf.	13	11	2
—	1	Sittenfilme	22	15	7

Der „Filmdienst“ betont in seinem Kommentar, daß die günstige Stellung der USA täuscht, da dieses Land ja auch bei der Gesamtzahl aller gezeigten Filme einen sehr hohen Prozentsatz einnimmt. „Relativ großen Anteil an den sehenswerten Filmen hingegen haben England und die kleinen Länder, die offenbar ihre besten Filme nach Deutschland schicken. Bei den moralisch bedenklichen Filmen liegt Frankreich, wie schon in der früheren Übersicht, mit einer auch im Verhältnis zur Gesamtzahl der französischen Filme sehr hohen Zahl an der Spitze; ferner ist der Anteil der Bundesrepublik bedenklich hoch. Die Aufschlüsselung nach Filmgattungen kann keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben, da viele Filme — und gerade die besten — sich nur schwer in ein solches System einordnen lassen.“

Die katholische Jahresbestliste 1955 weist nur sechs Filme auf gegenüber je elf in den Jahren 1953 und 1954; auch die evangelische Filmgilde konnte im April und Mai 1955 keinen Monatsbestfilm empfehlen. Die sechs Filme der katholischen Jahresbestfilme 1955 sind:

„Herr im Haus bin ich“, eine englische Familienkomödie (2 J),

„Ein Mädchen vom Lande“, ein amerikanisches Ehedrama mit der inzwischen zur Fürstin von Monaco aufgestiegenen Grace Kelly (2),

„Marty“, eine amerikanische Liebesgeschichte (2),

„Das Ende einer Affäre“, Graham Greenes verfilmter Roman (2),

„Das Geheimnis des Marcelino“, die reizende spanische Kindergeschichte (1),

„Sie zerbrachen nicht“, der Film über das Werk Abbé Pierres (1 E).

1956 ist bis jetzt nur der dänische Jungenfilm „Verflixte Rangen“ (1 E) auf die Jahresbestliste gekommen. Seit Sommer 1954 ist überhaupt kein deutscher Film mehr vertreten.

Zur finanziellen und juristischen Lage

Die Bürgerschaftsaktion der öffentlichen Hand in der westdeutschen Filmwirtschaft, über die wir seinerzeit berichteten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 517), läuft

nummehr bald aus und soll durch ein neues Verfahren staatlicher Unterstützung abgelöst werden. Im Haushaltsjahr des Bundes für das kommende Etatjahr sind 2 Millionen DM für Prämien eingesetzt; die sieben „besten“ deutschen Spielfilme sollen die Hälfte dieses Betrages erhalten (= rund 20% ihrer Produktionskosten), mit dem Rest werden weiterhin Kultur- und Dokumentarfilme subventioniert. Die Filmproduzenten sehen in dem neuen Prämienverfahren natürlich bei weitem nicht die gleichen Vorteile wie in der bisherigen Bürgerschaftsaktion und versuchen mit allen Mitteln, eine Fortführung letzterer zu erreichen. Wie der „Rheinische Merkur“ aber mit Recht betont (Nr. 14, 6. April 1956), kann man dem Bundestag nicht Bürgerschaftsaktionen für einen Wirtschaftszweig zumuten, dessen Finanzgebarung und Ertragslage nur dem engsten Kreis der Engagierten bekannt ist.

Daß ein Filmtheaterbesitzer aus sittlichen Gründen die Aufführung eines Films verweigern kann, haben wir entsprechend dem Gutachten der Professoren Bosch und Habscheid schon vor drei Jahren dargestellt (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 290). Entgegen dem Standpunkt der Freiwilligen Selbstkontrolle der deutschen Filmwirtschaft (FSK), die nach unserem letztjährigen Bericht (9. Jhg., S. 519) in diesem Punkt eine Gegendarstellung zu erreichen versuchte, ist ein kürzlicher juristischer Streitfall als bemerkenswert anzuzeigen. Ein Münsteraner Kinobesitzer hatte nach Kenntnisnahme der kirchlichen Einstufung mit 4 die Aufführung des Films „Casanova“ verweigert und vom Verleih einen Ersatzfilm gefordert. Die Verleihfirma ging darauf nicht ein, sondern verklagte den Kinobesitzer wegen Nichterfüllung auf Zahlung von 2000 DM nebst 9% Zinsen und der Kosten des Rechtsstreits. Leider ist der Rechtsstreit, der bei der 7. Zivilkammer des Landgerichts München anhängig war, nicht zum richterlichen Austrag gekommen, sondern durch einen Vergleich beendet worden. Immerhin macht sich aber das Vergleichsprotokoll den Standpunkt des verklagten Kinobesitzers zu eigen und ist einer Abweisung der Klage, d. h. der rechtlichen Anerkennung der sittlichen Beweggründe des Kinobesitzers, gleichbedeutend. Der strittige Film wurde gegen einen anderen ausgetauscht, der nicht in ähnlicher Weise von kirchlicher Seite disqualifiziert sein durfte. (Ein Dokument über diesen Rechtsstreit mit den Schriftsätzen der Streitparteien und dem Vergleichstext im Wortlaut ist von der Diözesanfilmstelle Münster i. W., Johannisstr. 21, zu beziehen.)

Kommunistische Die Herder-Korrespondenz berichtete **Cewissensbildung** im vergangenen Jahr (9. Jhg., S. 243 ff.) über die Umformung des Geschichtsbildes in der deutschen Ostzone nach den Grundsätzen des stalinistisch-leninistischen Marxismus. Ähnliches Material für den Deutschunterricht hat jetzt Elisabeth Spiegel in „Stimmen der Zeit“ (April 1956, S. 23—31) vorgelegt. Der Beitrag vermittelt an Hand vieler Beispiele ein erschütterndes Bild von der systematischen Infiltration sowjetischer Ideologie. Das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Nr. 62, 29. 3. 56) veröffentlicht einen Bericht über das Dritte Ost-West-Seminar des Internationalen Studentenbundes (vom 4.—10. 3. 56 in West-Berlin), in dem über die Ziele der Machthaber bezüglich der Jugend in den Oststaaten ausführlich gehandelt wird. Bemerkenswert sind in diesem Bericht einige Erfolge, auf die

die ostdeutsche Funktionärsschicht immer wieder hinweist, um zu zeigen, daß in der DDR zum ersten Male auf deutschem Gebiet eine „wirklich demokratische Schule“ geschaffen worden sei. Das sei geschehen 1. durch „Beseitigung des Bildungsprivilegs der früher besitzenden Klassen (Einheitsschule), 2. durch einen auf fortschrittlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen aufgebauten Unterricht, dem die Weltlichkeit des Schulwesens entspricht, 3. durch Beseitigung der feudalistischen Zurückgebliebenheit der Landschule, 4. durch besondere Förderung der früher stiefmütterlich behandelten unteren Volksschichten (Arbeiter- und Bauernkinder).“

Diesen „Erfolgen“, die zugleich Forderungen sowjetdeutscher Schulpolitik bleiben, entspricht die ostzonale Wirklichkeit von heute in mehrfacher Hinsicht. Die Zahl der Oberschulen ist verdoppelt worden, 20% der Grundschüler gehen zur Oberschule über, darunter mehr als 50% „Arbeiter- und Bauernkinder“. (Die Auslese wird eindeutig von politischen Gesichtspunkten bestimmt.) Von den 4000 einklassigen Landschulen, die es seit 1945 in der Sowjetzone gab, bestanden 1954 nur noch 100. Sie wurden inzwischen ebenfalls beseitigt. In den größeren Gemeinden wurden achtklassige Zentralschulen geschaffen, die von den umliegenden Dörfern vom 5. Schuljahr an beschickt werden. Für 1955 sollten in allen MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) „Zehnjahresschulen“ errichtet werden. Die Zahl der Hochschulen in der Sowjetzone ist mehr als verdoppelt worden. Vor 1945 (1933) waren es noch nicht 20, 1955 gab es 46 Universitäten und Hochschulen. Die Zahl der Studierenden ist um ein Mehrfaches höher als 1933. Einschließlich Fernstudenten (nach sowjetrussischem Muster) gab es 1955 ca. 70 000 Studierende. Dazu kommen 12 000 Arbeiter- und Bauernstudenten. 90% aller Studenten erhalten ein Vollstipendium. Über die Ziele, denen diese Kultur- und Schulpolitik zu dienen hat, braucht hier nichts gesagt zu werden. Sie sind unseren Lesern bekannt.

Vergewaltigung der Jugendlichen?

Wichtig ist eine andere Seite der sowjetdeutschen Erziehungspolitik: die Frage nach dem Wert ihrer Methoden. Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik“ (Heft 5, 1955, S. 246 bis 257) eine Kontroverse über die Frage: Werden die Jugendlichen in der Ostzone von den Trägern der staatlichen Schul- und Erziehungspolitik vergewaltigt, Suggestivkräften oder „Wirkungsfaktoren“ unterworfen, um sie für die marxistischen Zielsetzungen gefügig zu machen? Wolfgang Fischer, der sich bei dieser Gelegenheit mit einer Schrift Siegfried Dübels auseinandersetzte („Deutsche Jugend im Wirkungsfeld sowjetischer Pädagogik“, Bonn 1953), sagte bei dieser Gelegenheit zu Recht, daß es zweierlei ist, die sowjetpädagogischen Prägeverfahren und ihre Ziele zu kennen, und, andererseits, festzustellen, welche *tatsächliche* Bedeutung sie für die jugendliche Persönlichkeit haben. Fischer hat Selbstzeugnisse (Tagebücher, Briefe) von je vier Jungen und Mädchen auf diese Frage hin untersucht und kommt zu dem Ergebnis: In allen Fällen erwies sich, daß die Zustimmung der Jugendlichen zur FDJ z. B. rein phasenhaft bedingt war. Der Jugendliche wurde vom System nicht vergewaltigt. Die Ideologie, deren Bedenklichkeit der Erwachsene sofort durchschaut, spielt für ihn überhaupt keine Rolle. „Das Primäre und Wesentliche für die Zuwendung junger Men-

schen in der Vorpubertät zur FDJ oder zu anderen Gestalten des Kommunismus“, sagt Fischer, „ist eine phasenhafte echte eigene Entscheidung. Ihr geht es nicht ausdrücklich darum, ob ein ideologisches System und seine organisatorischen Formen Verkörperung eines höchsten Wertes sind. Sie wurzelt darin, daß den Anliegen der seelischen Entwicklungsphase hier verlockende Möglichkeiten offenstehen, um verwirklicht zu werden.“

Aber auch da, wo ein bislang nichtkommunistischer Jugendlicher überzeugter Sowjetmarxist wird — Fischer führt auch ein solches Beispiel an —, bedeutet „die Bekehrung zur Ideologie des Ostens einen echten psychischen Vollzug; sie ist eine Entscheidungstat des Jugendlichen, verwurzelt in der bestimmten, das Metaphysische betonenden puberalen Struktur der Seele, verstehbar in Ansehung der spezifischen notvollen Lage der Zone“.

Einen neuen Menschen auf eine neue Weise bilden

Wie das nun im einzelnen gemacht wird, welche pädagogisch-psychologischen Überzeugungen dahinterstehen, welcher Wert ihnen innewohnt — unbeschadet der Zielsetzungen, denen die Sowjetpädagogik zu dienen hat —, darüber handeln zwei Vorträge, die der wohl beste Kenner ostzonaler Jugendfragen, Prof. Gerhard Möbus, anläßlich der Landestagung der katholischen Heimstatt-Bewegung 1955 in Essen gehalten hat („Mitteldeutsche Jugend als gesamtdeutsche Aufgabe“, Heft 3 der Schriftenreihe der „Heimstatt“, Köln 1956. Die beiden Vorträge sind jetzt auch in der Zeitschrift der Heimstatt-Bewegung, „Die Heimstatt“ [2/3, 1956, S. 95—111], erschienen).

Möbus stellt seinen Ausführungen folgende Überlegungen voraus: „Die Zugehörigkeit der Menschen zum Bolschewismus ist nicht nur eine Sache, die aus äußerem Zwang kommt, sondern eine Sache, die hervorgeht auch aus geistigen, seelischen und sittlichen Motiven. Wir können uns das gar nicht deutlich genug vergegenwärtigen.“ Die Aufgabe, die sich der Kommunismus gestellt hat, lautet, auf die kürzeste Formel gebracht: einen neuen Menschen auf eine neue Weise zu bilden. Es ist von vornherein verständlich, sagt Möbus, daß es in dem Maße, als es dem Bolschewismus tatsächlich gelingt, dieses Ziel zu verwirklichen, das heißt, als er die geistigen und seelischen Mittel findet, dieses Ziel zu erreichen, er der westlichen Welt weithin überlegen ist, „und zwar in dem Maße überlegen ist, als diese westliche Welt sich dem Bolschewismus gegenüber mit einer Antipropaganda zu behelfen sucht, ohne selber eine Vorstellung von dem zu haben, was eigentlich das Wesen, den Wert und den Sinn des Daseins ausmacht“.

Möbus sagt nun: Es kommt alles darauf an, ob man den Menschen unter Umständen gegen sein besseres Wissen und Wollen an den Punkt bringen kann, daß er nicht nur theoretisch die kommunistische Lehre vom Menschen, von der Arbeit und vom Staate annimmt, sondern daß er diese Lehren unter Umständen praktiziert, ohne sie jemals geistig selbst voll durchdacht zu haben. Hier liegt der entscheidende Schwerpunkt der kommunistischen Pädagogik. Sie behauptet, sie sei die fortschrittlichste und wissenschaftlichste Pädagogik der Welt, weil es ihr geglückt sei, Mittel und Wege zu finden, die marxistisch-leninistische Theorie vom Menschen in die Praxis umzusetzen.

Wie versucht sie das? — Nach Möbus auf eine Weise, „von der wir sagen müssen, daß sie in voller Übereinstimmung mit den erzieherischen Mitteln ist, die von der

modernen Psychologie und Pädagogik herausgearbeitet sind“. Dabei ist eigenartig (aber auch wieder verständlich), daß die Sowjetpädagogen und ihre deutschen Helfer mit keinem Wort über die Psychologie und Pädagogik außerhalb des Sowjetbereiches sprechen. „Sie benützen aber die Kenntnisse und Einsichten, die wir heute in der Psychologie und Pädagogik überhaupt haben, um sie in ihrer pädagogischen Praxis . . . wirksam zu machen.“

Familienerziehung

Der Ausgangspunkt der gesamten sowjetischen Pädagogik ist die Familie. „Der Erziehung in der Familie wird erst-rangiger Wert zugeschrieben“ und: „Alle Erziehung außerhalb der Familie, etwa in Heim, Jugendgruppe, Kindergarten . . ., ist gebaut nach dem Vorbild der Erziehung in der Familie.“ Anton S. Makarenko, der klassische Autor der Sowjetpädagogik, kam, als ihm die Aufgabe übertragen wurde, der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen in der ersten Phase der sowjetrussischen Geschichte abzuwehren, zu der Einsicht: die marxistische Theorie von der Ablehnung der Familie und Ehe ist falsch. Die Jugend sieht immer so aus, wie die Familie aussieht. Diese Einsicht hat die gesamte sowjetrussische Pädagogik und Familienpolitik grundlegend gewandelt. Man darf sich nicht täuschen lassen durch die Praxis, in der dieser Grundsatz mit einer anderen Maxime des Leninismus-Marxismus kollidiert: Mann und Frau sind gleichberechtigte Arbeitseinheiten. Entscheidend ist, daß der Satz vom Primat der Familie ebenso gilt.

Aufschlußreich ist ferner, wie die Sowjetpädagogen ihre Ansicht begründen. Makarenko sagt: In der Familie bilden sich im Menschen die Grundgefühle, „soziale Sympathiegefühle“, aus denen heraus der Mensch ein Leben lang immer dann, wenn er in eine Gemeinschaft hineintritt, bestimmt wird. Das heißt, ein Kind, das ohne Vater und ohne Mutter aufwachsen muß, ist „seelisch verkrüppelt“, deswegen weil sich in ihm nicht das „erste erhabene Gefühl“, das sich im Menschen bildet, die Liebe zur Mutter und die Verehrung des Vaters, bilden kann. Wenn diese Gefühle beim Kind nicht in der Familie entwickelt werden, dann wird der Mensch an allen späteren Punkten seiner Gemeinschaftsbeziehung und schließlich in den letzten und höchsten, der des „Patriotismus“, ein Mensch sein, dem das spontane soziale Sympathiegefühl fehlt.

Diese Rehabilitierung der Familie erfolgt nach Möbus nicht etwa auf Grund einer Definition des Menschen als Menschen, sondern aus seiner Definition von der Arbeit („Die Arbeit hat den Menschen erschaffen“) und vom Staat her. Auch die gegenwärtigen Sowjetmachthaber wissen um die simple Wahrheit, die heute alle Welt kennt, wenn auch nicht praktiziert: der intakte Staat setzt die intakte Familie voraus. Und weil sie das wissen, setzen sie ihr Wissen in die Praxis um, selbst wenn dieses Wissen im Gegensatz zur klassisch-marxistischen Doktrin steht.

Kindergarten

Möbus nennt die Familie in der Sowjetpolitik „heute den Modellfall für die Erziehung von Grundeinstellungen im Menschen“. Dieses Modell „Familie“ wird auf alle anderen Erziehungseinrichtungen übertragen. Der erste Punkt, an dem das geschieht, ist der Kindergarten. „Der Kindergarten ist in der sowjetischen Pädagogik ein Hauptmittel neben und mit der Familie, um den Menschen in bestimmten Grundeinstellungen seelischer, sittlicher Art

zu bilden.“ Man darf an der Wahrheit dieses Satzes nicht auf Grund von Berichten aus der Sowjetzone zweifeln. Die DDR stellt eine Ausnahmesituation dar. Sie muß prinzipiell von der Sowjetpädagogik her die Familie bejahen, die jedoch in ihrem Einflußgebiet zugleich ihr schwerster politischer Gegner ist; das ist eine Aufgabe, die zu bewältigen die Fähigkeiten der ostzonalen Erzieher bei weitem übersteigt. Trotzdem lassen die „Ziele und Aufgaben der vorschulischen Erziehung“ (der Titel der grundlegenden Schrift des ostzonalen Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes) erkennen, wie man sich bemüht, die sowjetischen Direktiven in die Praxis umzusetzen.

Für die Dreijährigen heißt es: „In der jüngsten Gruppe wird das Gefühl der Liebe zu Volk und Heimat als Gefühl der Anhänglichkeit und Liebe der Kinder zu den Menschen, Erscheinungen und Dingen ihrer nächsten Umgebung erzogen.“ Also in Entsprechung zur Familie, zu Vater, Mutter, Geschwistern ist es hier die nächste Umgebung. Weiter heißt es: „Folgende Gefühle und Verhaltensweisen sollen gepflegt, erzogen und angebahnt werden.“ Zum Beispiel: „Vorhandene Gefühle, Liebe zu Vater und Mutter, Geschwistern, Großeltern verstärken, vertiefen, veredeln.“ Dann: „Lebhafte innige Bindungen, zärtliche Fürsorglichkeit zu einer bestimmten Puppe, auch zu Chinesen- und Negerpuppen, zu einem bestimmten Spielzeug, Bilderbuch, Spieltieren.“ Möbus sagt dazu: „Es wird also etwas, das kindertümlich zu diesem Lebensalter gehört — die Puppe —, dazu benutzt, um auf dem Umweg über das Spiel des Kindes mit der Puppe ganz bestimmte Einflüsse auf das Kind auszuüben.“ Wenn z. B. Drahtbiegepuppen Traktoristinnen, Volkspolizistinnen oder junge Pioniere darstellen, dann wird das damit begründet, es sollen auf diese Weise den Kindern von vorneherein die Augen für den Bereich politischer Dinge geöffnet werden. Das geschieht also, „ohne daß dabei ein Wort darüber fällt, das etwa ausdrücklich politische Propaganda wäre“, vielmehr wird „spielend eine Einstellung angeeignet“.

Weiterhin wird von den Kindergärtnerinnen gefordert, „Gefühle lebhafter Hinneigung zu anderen Kindern, zu Erzieherinnen und zu arbeitenden Menschen der nächsten Umgebung, Gefühle des Vertrauens und der Geborgenheit gegenüber dem Staatspräsidenten Wilhelm Pieck . . ., Gefühle des Stolzes auf ihren Kindergarten, ihre Straße, Parkanlagen, Gärten und Felder zu wecken“. Oder: „Fröhliche Begeisterung für wehende Fahnen, Wunsch, eine Fahne, rot, schwarz-rot-gold, blau zu tragen.“ Möbus führt noch eine Reihe weiterer Beispiele für Kindergarten-erziehung in der DDR an, die deutlich machen, daß es dem System vor allem darauf ankommt, bestimmte seelische Grundeinstellungen zu schaffen.

Wettbewerbe und Kollektive

Für die Sowjets ist kennzeichnend, daß sie sich nicht damit begnügen, eine Theorie, etwa in Form politischer Parolen, zu bieten, sondern daß sie sich bemühen, „in einer pädagogischen Praxis, die der jeweiligen Entwicklungsstufe des Menschen entspricht, diese seine Theorie zu aktualisieren und aus ihr heraus Menschen zu bilden“. Die kommunistische Pädagogik legt daher „so außerordentlich großen Wert darauf, bestimmte Dinge nicht bloß sagen, sondern tun zu lassen“. Fischer hat in dem obengenannten Aufsatz die Wahrheit dieses Satzes ausdrücklich belegt. Die gesamte Erziehung, Kindergarten, Schule, Staats-

jugend und Berufslehre, ist daher nicht ein wissendes An-eignen, sondern ein Einüben; „ein Einüben, das weitgehend eine unbewußte Seite hat, in der Dinge, bestimmte Haltungen von den Menschen wie selbstverständlich aufgenommen werden“. Möbus führt in diesem Zusammenhang eine Anordnung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung vom 4. 3. 1954 für Lehrlinge und Berufsschüler an, in der „Regeln“ gegeben werden. Alle diese Regeln scheinen höchst simpel und vernünftig. Im Hintergrund steht aber ein ständiges Einüben einer ganz bestimmten Haltung der Achtung, der Einordnung, des „Sich-in-ein-positives-Verhältnis-Setzens“ — von innen her — zur Arbeit und zum Staat. Das Stichwort lautet immer wieder: „bewußte Disziplin“.

Das Ganze wird nun aber an die Jugendlichen nicht in dürrer Abstraktion herangebracht, sondern in Form von Wettbewerben. „Es gibt keinen Bereich, in dem so viele Wettbewerbe stattfinden wie im sowjetischen Machtbereich.“ Die Psychologie des Wettbewerbs ist etwas, was den letzten Kern dieser Erziehung enthüllt, „nämlich ihren Versuch, den Menschen jenseits der Frage, ob er geistig zustimmt, seelisch in ein positives Verhältnis zu bestimmten Tatbeständen zu bringen“. Es handelt sich bei diesen Wettbewerben immer um Wettbewerbe von Gruppen mit Gruppen. Wenn z. B. in einer Schule, auch in der Berufsschule, drei Bankreihen in einer Klasse stehen, so werden die Schüler jeweils einer dieser Bankreihen zu einem Lernaktiv zusammengeschlossen. „Dieses Lernaktiv hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Schwächste innerhalb dieses Aktivs durch Mithilfe der anderen seine Schulleistung schafft (natürlich nicht, indem sie ihn abschreiben lassen, sondern indem sie ihm behilflich sind, außerhalb der Schule und des Schulunterrichts seine Aufgaben zu lösen).“

Hinter dem vordergründigen Ziel der Mithilfe steht jedoch noch ein weiteres. Möbus macht dieses Fernziel an einem Experiment der Sozialpsychologie deutlich. Er sagt: Man führe 24 junge Menschen zusammen und befrage sie danach, wer jedem besonders sympathisch bzw. unsympathisch ist. Danach teile man die 24 Mann in zwei Zwölfergruppen, und zwar so, daß in einer Gruppe alle sich Unsympathischen beieinander sind. In einer solchen Gruppe der Unsympathischen besteht nach den Erfahrungen der Sozialpsychologie ein Überhang von Sympathien zur anderen Gruppe mit 65 %. Man führe jetzt eine genaue Rollenspezialisierung in beiden Gruppen durch, d. h., jeder in der Gruppe der Unsympathischen erhält eine bestimmte Aufgabe. Die Folge davon ist, daß sich nach einiger Zeit das Gefühl der Antipathie den Angehörigen der eigenen Gruppe gegenüber wie der Sympathie zur anderen Gruppe zurückgebildet hat. Ohne daß also jemand ein Wort der Ermahnung spricht, sagt Möbus, allein durch die Tatsache der Rollenspezialisierung und der Akzentuierung dieser Rollen wird eine Umlagerung der Gefühlseinstellungen erreicht. Jetzt nun bringe man beide Gruppen in Wettbewerb, und man wird erleben, daß schließlich in jeder Gruppe der Name der anderen Gruppe als Schimpfwort gebraucht wird, „und zwar nur dadurch, daß man die beiden Gruppen auf verschiedene Weise miteinander in Wettbewerb gebracht hatte“. Diese sozialpsychologische Erfahrung wendet die Sowjetpädagogik immer wieder an. „Wer in Wettbewerben, hervorragend rollenspezialisiert, mitmacht, kommt unweigerlich in ein positives Verhältnis der Sympathie zu

allem, was in diesem Wettbewerb in Aktion gebracht ist an Tatbeständen, Organisationen, Institutionen, Aufbauzielen und politischen Parolen.“

Gewissensbildung

Möbus kommt schließlich auf die sittliche Erziehung der Kommunisten zu sprechen. Makarenko selbst ist einmal gefragt worden, was das Grundprinzip seiner Pädagogik sei. Er hat darauf geantwortet: hohe Forderungen stellen. Auf die Frage, wie das zu verstehen sei, erklärte er: Wer an einen jungen Menschen als Erzieher hohe Forderungen stellt, erweist ihm damit Achtung. Achtung aber, die jemandem erwiesen werde, erfährt dieser als Selbstachtung. Das bedeutet, sagt Makarenko weiterhin, daß damit das Entscheidendste am Menschen gebildet wird: sein Wertgefühl wird entfaltet. Das Wertgefühl sei aber der Punkt, von dem her jeder Mensch in seinem Denken und Handeln im letzten entscheidend bestimmt ist. Zu diesem Gedankengang sagt Möbus: „Tatsächlich ist hier das Zentralproblem der Persönlichkeitsbildung berührt.“ Ich bringe einen Menschen nur dazu, sich für oder gegen etwas zu entscheiden, wenn es mir gelingt, ihn nicht belehrenderweise — denn Erziehung ist ja eine andere Form von Einwirkung — dahin zu bringen, daß er mit einer bestimmten Wertordnung steht und fällt. „Das aber nennen wir in unserer Sprache Gewissensbildung.“

Die Kommunisten haben also in gewisser Weise recht, wenn sie ihre Erziehung eine „sittliche“ nennen. Denn das Ziel ihrer Erziehung ist, das Gewissen in Richtung auf eine bewußt oder unbewußt angeeignete Werteordnung zu bilden, auf die hin der Mensch dann zu allen Fragen Stellung nimmt, daß er Schmerz darüber empfindet, wenn er die übernommene Werteordnung verletzt hat, denn die Verletzung der Werteordnung bedeutet nichts anderes als eine Verletzung seiner selbst. Sittliche Erziehung, so sagen die Kommunisten, hat dazu zu führen, daß ein Mensch lieben und hassen kann. Er soll Liebe erweisen seinem eigenen Volk und den „Freunden des Fortschritts“ und Haß gegen die Feinde des eigenen Volkes und die „Feinde des Fortschritts“. Diese Grundformel der Erziehung übt man ständig ein und vermittelt auf diese Weise — ohne daß ein einziges theoretisches Wort fällt — das kommunistische Gewissen.

Es ist daher völlig falsch, sagt Möbus, wenn man glaubt, man könne einen Kommunisten auf unsere Seite ziehen, indem man ihn darauf hinweist, was er im Osten alles entbehren und worauf er verzichten müsse. Genau das Gegenteil ist der Fall. Durch Opfer und Verzicht wird der junge Mensch an die Sache des Ostens gebunden. Der junge Kommunist sieht ja in den Entsagungen auf Grund seiner innerlich angeeigneten Werteordnung einen Sinn. Entbehrungen wirken auf ihn wertsteigernd, seinen Wert und den Wert der Sache steigernd, für die er diesen Verzicht und diese Opfer bringt.

Noch einen weiteren Gesichtspunkt nennt Möbus. Makarenko sagt, natürlich werde auch in der „bürgerlichen Gesellschaft“ auf ein Wertgefühl hin erzogen. Aber diese Erziehung stelle das Wertgefühl des Menschen immer nur auf die Einzelleistung. Man nehme z. B. die liberale Schule: sie sei ein Spiegel der bürgerlichen Gesellschaft, sie lenke den Menschen durch seine Schulleistung auf ein isoliertes individualistisches Wertgefühl, das die Menschen nicht miteinander verbindet, sondern sie entfremdet und trennt. Das sei nur Ausdruck für den Grundprozeß in der

bürgerlichen Gesellschaft: die Entfremdung des Menschen von dem, was nach marxistischer Auffassung das Leben überhaupt erst ausmacht, nämlich das gesellschaftliche Sein des Menschen. Makarenkos Erziehung hingegen läßt das Wertgefühl sich so bilden, daß es den Menschen immer auf das „Kollektiv“ bezieht. Das geschieht in der Praxis so, daß der Erzieher Forderungen stellt, die der einzelne niemals allein erfüllen kann. Soziologisch gesehen, bleibt der einzelne immer auf das Kollektiv angewiesen. Das aber hat — nach innen gesehen — zur Folge, daß es dem einzelnen Mitglied des Kollektivs versagt bleibt, in seinem Wertgefühl sich als *einzelner* zu denken und fühlen. Alle diese erzieherischen Vorgänge dienen nur dem einen Ziel: den Menschen von Kindheit an eine positive Einstellung zum kommunistischen Staat und eine negative Einstellung zur übrigen Welt zu vermitteln oder — mit anderen Worten — sein Wertgefühl in diesem kommunistischen Staat zu zentrieren.

Was hat die nichtkommunistische Welt dem entgegenzuhalten?

An diesem Punkte stellt Möbus die entscheidende Frage: „Was hat die nichtkommunistische Welt dieser Erziehung, die eindeutig und klar auf das hinausläuft, was wir Gewissensbildung nennen — wir sagen natürlich eine pervertierte, aber tatsächlich läuft diese Erziehung auf eine Gewissensbildung hinaus, die zentriert ist in einem Wertgefühl —, was hat die nichtkommunistische Welt dem entgegenzuhalten?“ „Wer in der Erziehung selbst nicht weiß, was er will; wer in der Erziehung dieses Nichtwissen darin zum Ausdruck bringt, daß er sagt, alle Formen des Unterrichts und der Erziehung sollen möglichst wertfrei sein, sie sollen nur Wissen vermitteln, denn dieses Wissen sei das Handwerkszeug für die Leistung — was wird der der Erziehung der Kommunisten eigentlich entgegensetzen?“

Makarenko sagt, die Leistung des bürgerlichen Menschen, des Einzelgängers, bestehe darin, daß er sich im Konkurrenzkampf mit anderen behaupten will und muß. Möbus widerspricht dem nicht. „Natürlich ist das so. Unsere Gesellschaft ist eine Welt des Wettbewerbs, und wenn ich das Handwerkszeug zum Bestehen dieses Wettbewerbs nicht mitbringe, bestehe ich den Wettbewerb nicht.“ Aber ist das alles? fragt Möbus. Was wird darüber hinaus noch gebildet und gegeben? — „Hier ist der entscheidende Punkt, und es wird sich, das werden wir sehen, in den nächsten Jahren sehr deutlich die Frage herausstellen, was wir auf unserer Seite anzubieten haben, um in dem Sinne innerlicher Aneignung von Wertordnungen unsere jungen Menschen dahin zu bringen, daß sie auch dort, wo Verzicht und Opfer gefordert werden müssen, das nicht nur tun, weil etwas geboten und verboten wird, sondern weil sie von innen her, indem sie in ihrem Wert damit stehen und fallen, selbst das wollen.“

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Christliche Normen für die Welt der Arbeit Papst Pius XII. empfing Mitte April den Verwaltungsrat und die Direktion der italienischen Gesellschaft für Wasserversorgung, die ihr 75jähriges Bestehen feierte. Der Heilige Vater benutzte diesen Anlaß, um nochmals auf die Rolle und Aufgabe hinzuweisen, die nach christ-

licher Lehre im Wirtschaftsleben der Privatinitiative zu kommt, während dem Staat zwar nicht die Aufgabe absoluter Planung, wohl aber die der Kontrolle und der Nebenordnung zufällt. Er sagte:

Ihre Arbeit beweist wieder einmal, wieviel auf dem Gebiet der Produktion die wohlverstandene und hinreichend freie Privatinitiative vermag. Sie trägt dazu bei, den gemeinsamen Reichtum zu vermehren, die menschlichen Mühen zu erleichtern, den Arbeitsertrag zu steigern, die Produktionskosten herabzusetzen und die Ersparnisbildung zu beschleunigen. Darum wurde und wird die Kirche nicht müde, sich den in einigen Ländern gemachten Versuchen entgegenzustellen, dem Staat Kompetenzen und Ämter zu übertragen, die er nicht hat. Die Kirche gibt, mit ihrem Stifter, dem Kaiser alles, was des Kaisers ist; aber sie könnte ihm nicht mehr geben, ohne die Aufgabe und Sendung zu verraten, die Christus ihr anvertraut hat. Darum zögert sie nicht, ihre Stimme zu erheben, wo immer die staatliche Macht versucht, sich ein Monopol der Jugenderziehung und -bildung anzumaßen; und ebenso widersetzt sie sich, soweit es die moralischen Grundsätze angeht, jedem, der eine übermäßige staatliche Einmischung im Wirtschaftsleben anstrebt. Wo diese Einmischung nicht beschränkt wird, kann die soziale Frage nicht angemessen gelöst werden; wo man tatsächlich zur vollständigen „Planung“ gelangt ist, hat man einige Zwecke erreicht, aber um den Preis zahlloser Trümmer als Folge unvernünftigen und zerstörerischen Eifers: getroffen sind die rechtmäßigen persönlichen Freiheiten, getrübt die Heiterkeit der Arbeit, vergewaltigt der heilige Charakter der Familie, in falsche Bahnen gelenkt die Vaterlandsliebe, zerstört das kostbarste religiöse Erbe . . .

Wir müssen jedoch ein anderes Wort mit dem gleichen pastoralen Freimut hinzufügen.

Zuweilen hört man verständliche, aber ungerechtfertigte Klagen über gewisse staatliche Eingriffe, die nicht den Sinn haben, die Produktion in ihrem Schwung zu behindern, sondern eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, den die menschliche Betriebsamkeit erzeugt, zu regeln. Solche Eingriffe können nicht ohne weiteres als illegitim betrachtet werden. Muß die „Planwirtschaft“, die alle individuelle Initiative zerstört, abgelehnt werden, so ist damit nicht gesagt, daß man auf wirtschaftlichem Gebiet das Regime der absoluten Freiheit annehmen muß; allzu leicht käme es dabei zur Vernachlässigung, ja zur Mißachtung einiger unabdingbarer und heute mehr denn je notwendiger Normen, die der menschlichen und christlichen Brüderlichkeit entspringen . . .

In diesem Bereich bedarf es klarer Beispiele und Wegweiser, wenn eine Welt auf der Lehre Jesu Christi aufgebaut werden soll. Bedenken Sie daher, was Unsere Vorgänger und Wir selber über die Hebung des Arbeiters, über seine Würde als Mitglied der menschlichen Familie, über die geheimnisvolle, aber wirkliche Teilhabe, die er wie alle Menschen am Leben des mystischen Christus hat, gesagt haben. Denken Sie darüber nach, und, soweit es Ihnen möglich ist, verwirklichen Sie es . . .

den, das man gemeinhin als „Situationsethik“ bezeichnet. Es erklärt sich unabhängig von den Grundsätzen der objektiven Moral (deren letzte Grundlage das Sein ist) und erhebt den Anspruch, dieser nicht nur gleichwertig, sondern überlegen zu sein.

Die Autoren, die diesem System anhängen, sagen, die entscheidende und höchste Norm des Handelns liege nicht in der objektiven Ordnung, die im Naturgesetz zum Ausdruck kommt und in ihm mit Sicherheit erkannt wird, sondern in einem individuellen Urteil und einer geistigen Erleuchtung, die zu erkennen geben, was man in der gegebenen Situation zu tun habe. Folgerichtig ergibt sich nach dieser Ansicht die letzte Entscheidung nicht aus der Anwendung des objektiven Gesetzes auf den besonderen Fall, wie die objektive Moral durch die Stimmen hervorragender Autoren lehrt, die übrigens den besonderen Verhältnissen der „Situation“ nach den Regeln der Klugheit sehr wohl Rechnung trägt und sie würdigt, sondern sie ergibt sich direkt aus der inneren Erleuchtung und dem darauf gestützten Urteil. Dieses Urteil kann und darf, wenigstens in zahlreichen Fällen, hinsichtlich seiner objektiven Richtigkeit und Wahrheit letztlich an keiner objektiven Norm gemessen werden, die außerhalb des Menschen und unabhängig von seiner persönlichen Überzeugung existiert, sondern es ist sich selbst genug.

Nach diesen Autoren genügt der überkommene Begriff von der „menschlichen Natur“ nicht. Man muß zu einem Begriff der „existierenden“ menschlichen Natur kommen, der in der Mehrzahl der Fälle keine absolute objektive Gültigkeit, sondern nur einen relativen Wert besitzt, der deshalb auch wandelbar ist, wenn man von den wenigen Elementen und Grundsätzen absieht, die sich aus der absoluten und unveränderlichen metaphysischen Natur des Menschen ergeben.

Derselbe nur relative Wert ist dem überlieferten Begriff des Naturgesetzes zuzuerkennen. Alles, was heute als absolute Forderung des Naturgesetzes ausgegeben wird, beruht nach dieser Ansicht und Lehre tatsächlich auf dem erwähnten Begriff von der existierenden Natur, kann infolgedessen nur eine relative und wandelbare Gültigkeit beanspruchen und muß immerfort der Situation angepaßt werden.

Unter Voraussetzung und in Anwendung dieser Grundsätze sagen und lehren diese Autoren, daß die Menschen, wenn sie nach ihrer persönlichen Intuition und jeder nach seinem Gewissen darüber urteilen, was sie in der gegebenen Situation zu tun haben, und zwar nicht hauptsächlich im Blick auf die objektiven Gesetze, sondern gestützt auf diese individuelle innere Erleuchtung, vor zahlreichen sittlichen Konflikten bewahrt bleiben oder doch leicht von ihnen frei werden, Konflikten, die andernfalls unlöslich wären.

Vieles, was in diesem System der „Situationsethik“ der objektiven Wahrheit und gesunden Vernunft widerspricht, erscheint als Auswirkung des Relativismus und Modernismus und entfernt sich weit von der katholischen Lehre, die durch die Jahrhunderte überliefert ist. In zahlreichen Behauptungen besteht eine Verwandtschaft mit verschiedenen nichtkatholischen Systemen der Moral. Um der Gefahr einer „neuen Moral“ zu begegnen, von der der Heilige Vater, Papst Pius XII., in seinen Ansprachen vom 23. März und 18. April 1952 [vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 360 ff. und 411 ff.] gesprochen hat, und die Reinheit und Sicherheit der katholischen

Das Heilige Offizium Das Heilige Offizium veröffentlichte über die in den Acta Apostolicae Sedis vom **Situationsethik** 14. März 1956 folgende Verlautbarung:

Entgegen der überkommenen Sittenlehre der katholischen Kirche und ihrer Anwendung gewinnt in vielen Gegenden auch unter den Katholiken ein Moralsystem an Bo-

Lehre zu wahren, untersagt und verbietet die oberste Kongregation des Heiligen Offiziums nach sorgfältiger Prüfung, diese Doktrin der „Situationsethik“, unter welchem Namen auch immer, zu lehren oder zu billigen und an Universitäten, Kollegien, Seminaren oder Ordenshochschulen vorzutragen und sie in Büchern, Abhandlungen, Kursen, Vorträgen oder auf sonstige Weise zu verbreiten oder zu verteidigen.

Das Dekret ist am 2. Februar 1956 erlassen worden und trägt die Unterschrift des Kardinals Pizzardo, des Sekretärs der Kongregation.

**Tagung
des christlichen
Landvolks Italiens**

Der mächtige Verband der sogenannten „coltivatori diretti“, der in Italien eine Art christlichen Bauernbundes darstellt (vgl. auch Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 439 f.), hat am 11. und 12. April seinen diesjährigen Nationalkongress, den zehnten seit seiner Gründung im Jahre 1944, in Rom abgehalten. Gegenüber rund 35 000 Teilnehmern im vergangenen Jahre waren diesmal gegen 40 000 aus allen Gegenden Italiens erschienen. Der Bund der „coltivatori diretti“ bildet die einzige große Organisation der bäuerlichen Bevölkerung Italiens, in ihm sind gegenwärtig etwa 60% des gesamten italienischen Bauerntums (inklusive Pächter und Tagelöhner) vertreten. Daß diese Sammlung des italienischen Landvolks auf christlicher Basis erfolgt ist, bildet eine große Hoffnung der Kirche für die innere Gesundheit des Volks und seine Bewahrung vor kommunistischer Durchdringung. Auch die Christlich-demokratische Partei setzt ihre Hoffnung für die Abwehr des Kommunismus in der Landbevölkerung auf den Bund und stützt ihn auch in seinem Kampfe gegen die konservativ-reaktionären Kräfte, die sich gegen eine soziale Erneuerung, die Agrarreform und die großzügige finanzielle Unterstützung des Landvolks, zumal im Süden Italiens, stemmen. Alljährlich werden die Teilnehmer am Nationalkongress der „coltivatori diretti“ auch vom Heiligen Vater in St. Peter empfangen und von ihm ermutigt und ermahnt. Der Papst hat ihnen in diesem Jahr insbesondere ans Herz gelegt, ihre gerechten Forderungen mit Vernunft und Geduld zu erheben. „Während ihr nun ein Recht habt, die Verwirklichung dieser und ähnlicher Maßnahmen (Förderung des Bodenbesitzes und seiner Produktivität; Sicherung der Landarbeiter, die nicht Eigentümer sind; Hilfe im technischen Bereich; Ausbau der Sozialversicherungen für die Landarbeiter usw.) von der Volksgemeinschaft zu verlangen, dürft ihr nicht eure Pflicht vergessen, sie nur so weit zu fordern, als es der Nation tatsächlich möglich ist, sie zu erfüllen, und nicht mit der Ungeduld dessen, der den Staat als bloßen Diener des Einzelnen und der Klassen betrachtet. Das alles lehrt euch auch der Geist und der Buchstabe der christlichen Soziallehre, die ihr zum Leitfaden eures Verbandes gewählt habt und an die sich eure Führer halten wollen, wenn sie sich bemühen, euer Wohl zu heben.“ Der Heilige Vater forderte seine Zuhörer auf, zu diesem Zweck sich selber als Arbeiter, als Mitglieder der Gesellschaft und in religiöser Hinsicht weiterzubilden.

Die Lage des italienischen Bauerntums ist immer noch äußerst kritisch und wird möglicherweise in diesem Jahr durch die ungewöhnlich ungünstigen Ernteaussichten auf vielen Gebieten infolge eines seit mehr als hundert Jahren nicht mehr erlebten harten Winters und eines an Regen-

und Hochwasserkatastrophen reichen Frühjahrs noch kritischer werden. Alle wichtigeren Produkte der italienischen Landwirtschaft — Wein, Getreide, Reis, Hanf, Öl, Vieh, Milch und Milchprodukte, Gemüse, Zitronen und Orangen — haben kaum eine Gewinnspanne, wenn nicht sogar eine negative, zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis. Und zwar ist das das gleiche im Norden wie im Süden, für die Produkte des Tieflands wie der Hügel und höheren Lagen. Die Folge davon ist eine stets wachsende Landflucht. Im Apennin gibt es schon verlassene Farmen, leere Häuser und brachliegende Felder. Das ist keine vorübergehende Episode, sondern ein nunmehr schon lang andauernder, chronischer Zustand. Der Staat ist dem in den letzten Jahren vorwiegend mit einer Politik kurzfristiger Hilfeleistungen begegnet, die jedoch das Problem als ganzes nicht lösen können. Das Grundproblem ist das der Einkünfte.

Der italienische Landbau bringt nur etwa 24% des Nationaleinkommens auf, während in ihm über 46% der italienischen Bevölkerung tätig sind. Das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen ist für den Bauern so groß, daß der Betrieb von Landwirtschaft geradezu antiökonomisch wird.

Ein Artikel des „Quotidiano“ (11. 4. 56) zu diesem Problem sagt: „Jeder Staatseingriff zugunsten dieses oder jenes Sektors der Landwirtschaft, der in diese Krise mit hineingezogen ist, bringt gesetzliche und finanzielle Maßnahmen mit sich, die das Land periodisch immer wieder vor das Problem der Konzessionen zugunsten der Landwirtschaft stellen, als ob dieser Produktionssektor in der Position eines Schützlings, fast eines Parasiten gegenüber den anderen Sektoren leben müßte.“ Daraus ergibt sich natürlich ein ganz falsches Bild von der Bedeutung der Landwirtschaft, die doch die Lebensbasis einer Nation, und ganz besonders der italienischen, bildet. Einen großen Teil der Schuld tragen die Zwischenhändler. Doch müßte auch der Staat allgemeine Maßnahmen zur Hebung des Einkommens der Bauernschaft treffen: die Landwirtschaft in Italien bedarf in erster Linie günstiger Kredite, dann aber auch vor allem steuerlicher Entlastung.

Die kritische Lage des italienischen Bauernstandes bildete naturgemäß einen der wichtigsten Gegenstände in der Wahlkampagne vor den Kommunalwahlen des 27. Mai. Die tatsächliche Lösung des Problems liegt jedoch auf höherer Ebene als bei den Kommunen und bleibt eine der entscheidenden Existenzfragen des Landes.

**Der Rückgang der
kommunistischen
Gewerkschaften
in Italien**

In den letzten zwei Jahren ist kaum ein Tag vergangen, an dem die römische Zeitung „Il Quotidiano“ nicht bald aus diesem, bald aus jenem Teil Italiens berichtet hätte, daß Austritte aus der Kommunistischen Partei erfolgt seien oder die kommunistischen Gewerkschaften an Anhängerschaft eingebüßt hätten. Ein deutliches Bild ergaben diese Meldungen nicht, und einigermaßen Klarheit über die Stärke dieser Verschiebungen können erst die Kommunalwahlen vom 27. Mai ergeben. Immerhin konnte der „Quotidiano“ doch am 1. Mai schon eine Meldung bringen, die die Abfallbewegung von den kommunistischen Organisationen als erheblich gewichtiger erscheinen ließ, als man zu wagen hoffte. Die Zeitung stützt sich dabei auf eine Information der „Agenzia Continentale“. Nach dieser hat das Exekutivkomitee des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes

CGIL eine großangelegte Kapillaraktion eingeleitet, um die bisherigen Mitglieder der Organisation zu bewegen, ihre Mitgliedschaft für die Periode 1956/57 zu erneuern, und dies, weil nach Berechnungen, die man auf Grund der Betriebswahlen in den letzten 18 Monaten angestellt hat, in diesem Zeitraum etwa 450 000 Arbeiter die kommunistischen Gewerkschaften verlassen und sich den demokratischen Organisationen angeschlossen haben (vor allem der der Christlich-Demokratischen Partei nahestehenden CISL, in geringerem Ausmaß den sozialistischen UIL; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 356). Der Rückgang der kommunistischen Gewerkschaften hat sich sowohl in den Fabriken und Büros wie auf dem Land vollzogen, wie man aus der Aufforderung des kommunistischen Exekutivkomitees schließen muß, in all diesen drei Sektoren die Werbung für die Erneuerung der Mitgliedschaft mit allen Kräften zu betreiben.

Nach „Agenzia Continentale“ hat das Exekutivkomitee der CGIL eine Entschließung herausgebracht, nach der alle Mitglieder der Kommunistischen Partei Italiens auch verpflichtet sein sollen, der kommunistischen Gewerkschaftsvertretung beizutreten.

**Über den Arbeitern
die Intellektuellen
nicht vergessen —
ein spanisches
Hirtenwort**

Als Ergebnis ihrer letzten Sitzung veröffentlichte die Konferenz der spanischen Metropolitanen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 311) am Ostersonntag eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Bedeutung der Seelsorge an den Intellektuellen in Erinnerung ruft und die Intellektuellen an ihre geistige Verantwortung gemahnt. Für Spanien, das noch heute im Sozialen wie im Kulturellen ein streng feudales und hierarchisches Land ist, wo die Intelligenz eine ungleich führende Rolle spielt als unter den nivelierenden demokratischen Staatsformen anderer Länder, wo führende Kreise der Intelligenz auch stärker abseits von der Kirche stehen als die Arbeiterschaft (die Bischöfe erinnern mit Recht an das Versagen im 19. und 20. Jahrhundert) — für Spanien ist dieses Anliegen von besonderer Wichtigkeit. Die Mahnung gilt aber in ähnlicher Weise auch für jedes andere Land.

„Als Seelsorger müssen wir uns gewiß um die Arbeitermassen mühen, die die Mehrheit ausmachen; aber wir dürfen uns deshalb nicht weniger um die Intellektuellen kümmern. Ihre Ideen, ihre Lehren, ihre Tätigkeit sind es, die dann die sozialen Verhältnisse erzeugen und formen . . . Es ist keine polemische Leidenschaft, wenn wir in dieser Weise die Beziehung der Tatsachen mit den Ideen ins Auge fassen; im Gegenteil wäre es naiver Infantilismus, die notwendige Ausstrahlung der herrschenden menschlichen Ideen auf das soziale und politische Leben eines Volkes zu verkennen.“

Das Dokument legt dann die Lehre der Kirche von der Rolle und von der Verantwortung der Intellektuellen in der menschlichen Gesellschaft dar. „Die katholische Überzeugung vom Wert des Menschen gründet in der Würde der menschlichen Person, in der Gleichheit der Natur und in der Gleichheit der übernatürlichen Bestimmung. Aber neben dieser Gleichheit der Natur und des Zieles lehrt die Kirche im Einklang mit dem biblischen Gleichnis von den Talenten immer auch die Verantwortung im Gebrauch und in der Fruchtbarmachung der erhaltenen Talente. Der Mensch ist dazu bestimmt, in Gesellschaft zu leben, und

die Gesellschaft braucht eine Hierarchie. Nicht einmal in den Ländern, in denen der Kommunismus sein Banner aufgepflanzt hat, konnte er auf eine Hierarchie, eine Rangordnung, verzichten. Deshalb hat die Kirche, die die Ketten der Sklaverei zerbrach, die die Rassendiskriminierung verdammt und immer für die Verbesserung des Loses der Armen kämpft, allezeit auch den Sinn der hierarchischen Gruppen herausgestellt: nicht indem sie dieselben vergötzte, sondern indem sie sie fortwährend an ihre Verantwortung gemahnte . . . Die Kirche anerkennt auch die überdurchschnittliche geistige Begabung, die die sogenannten Intellektuellen auszeichnet, als eine Gabe Gottes; aber sie fordert von ihnen auch eine große Verantwortung im Gebrauch dieser außerordentlichen Fähigkeiten. Was für eine Berufung liegt in der Pflege der Weisheit, beim Lehrer, beim Forscher, beim Schriftsteller! Die wahren geistigen Menschen gleichen der Hierarchie der Engel in ihrer Aufgabe, die Niedrigeren zu erleuchten: der Lehrer, der den Verstand des Schülers formt, damit dieser durch ihn zur Wahrheit finde, — der Forscher, der den Schatz der Wissenschaft vermehrt, der oft den technischen Fortschritt mit ungemein nützlichen Gebrauchsgütern vorwärtstreibt, — der Schriftsteller, dessen Bücher auch nach seinem Tode noch Generationen weiterbilden, — der Künstler als Schöpfer unsterblicher Werke der Schönheit . . .“

Kirche und Kultur

„Die Kirche empfindet eine tiefe Liebe für die Pflege der Wissenschaft und ehrt ihre Genien; aber über all dem liebt sie die Wahrheit. Als ewige Schatzhüterin der geoffenbarten Wahrheit weiß sie, daß niemand in Opposition zu ihr zur wissenschaftlichen Wahrheit finden kann; denn nur Einer ist, wie es das Vatikanische Konzil definiert hat, der Urheber der Offenbarung und der Weisheit. Lediglich Hypothesen, die zu irgendeiner Zeit in Mode sind, können einen Gegensatz zu den Dogmen vortäuschen, nicht aber die sichere und erwiesene wissenschaftliche Wahrheit. Sie kann einen Intellektuellen und wissenschaftlichen Forscher nicht im geringsten in seinem Glauben beirren. So soll jeder katholische Intellektuelle das Lehramt der Kirche anerkennen . . .“

Das Hirtenwort zitiert die Ausführungen Papst Pius' XII. über das geschichtliche Selbstverständnis der Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 75) und fährt fort: „Darum war die Kirche immer der Born der Kultur, die Mutter der Schulen für alle Schichten, die Schöpferin der großen Universitäten der Vergangenheit.“

Sie hat heute einen Stellvertreter Christi, der alle menschlichen Kulturäußerungen aufmerksam verfolgt, der es sich zur Ehre macht, sich mit sicheren apostolischen Weisungen an die Männer der Wissenschaften zu wenden; die Kongreßteilnehmer der verschiedensten Fachgebiete eilen zu ihm, sein Wort zu hören . . .“

Die spanischen Gläubigen sollten sich zutiefst darüber freuen, zur Einen, Katholischen, Apostolischen Kirche zu gehören, deren sichtbares Haupt mit höchster und für alle Nationen unmittelbarer kirchlicher Jurisdiktion der Römische Pontifex sei. Auch die Bischöfe hätten in ihren Bereichen das Lehramt, das Ordnungs- und Regierungsamt. „Aber da die Gewalt der Bischöfe in ihrem Volk weder die höchste noch eine unfehlbare ist wie die des Summus Pontifex, würden ihre Lehren und Anordnungen in irgendeiner Weise vom Stellvertreter Christi berichtigt,

wenn sie vom wahren Weg abwichen. Dieser weiß, was jedem Volk in jedem geschichtlichen Augenblick zukommt, und regelt daher über die universale Gesetzgebung hinaus durch besondere Vereinbarungen, vor allem in den Konkordaten, was den einzelnen Nationen gebührt. Es steht einem Katholiken nicht gut an, die für ein bestimmtes Land zwischen dem Römischen Pontifex und dem Staat getroffenen Vereinbarung zu tadeln.“

Geistiges Laienapostolat in kirchlicher Treue

„... Wie nützlich, wie herrlich und fruchtbar ist das brüderliche Apostolat der Laien! Es ist in unserer Zeit unumgänglich; aber weder darf sich das Laienapostolat der Katholischen Aktion der väterlichen kirchlichen Leitung und Rechtsprechung entziehen, noch darf das hierarchische Hirtenamt der Kirche auf diese geistliche Vater-schaft verzichten. Als die spanischen Metropoliten fühlen wir uns verpflichtet, an alle spanischen Intellektuellen einen warmen Appell zu richten, sie mögen sich ihrer erhabenen Mission treu erweisen: ein Volk von so hoher Geistigkeit wie das hispanische geistig zu lenken, das über sich hinaus in einer einmaligen Weise auf zwanzig Völker gemeinschaftlicher Religion, Sprache und Kultur weist. Möge die hispanische Kultur glänzen durch die Gediegenheit ihrer wissenschaftlichen Forschungen, möge sie die Wahrheit in allen ihren Details annehmen, möge sie sich nicht durch Ideologien täuschen lassen und widersprüchliche Systeme vereinigen wollen!“ In den Geisteswissenschaften dürfe kein Katholik einen Atheisten, Materialisten, Skeptizisten oder Relativisten als seinen Lehrer anerkennen oder gar solche als Lehrer der Jugend dulden. Das Hirtenwort erinnert an die großartige Tradition der Universitäten von Salamanca und Alcalá und an den Polyhistor Marcelino Menéndez y Pelayo, der allen spanischen Intellektuellen „großer Lehrer und Vorbild“ sei. Das Dokument schließt: „Möge man nie die wahre und tiefgründige Wissenschaft mit der Faszination von Neuerungen oder eines bloß blendenden Stiles verwechseln! Allein die Wahrheit des Herrn dauert ewig. Gebe Gott, daß wir in Spanien heute wie in anderen Zeiten zahlreiche Intellektuelle haben, die Glaube und Wissenschaft verbinden und der Kirche wie dem Vaterland zur Ehre ge-reichen!“

Keine geistigen Fesseln

Die der Veröffentlichung des Hirtenwortes folgende Ausgabe der „Ecclesia“ vom 28. April 1956 widmet dem Dokument der Metropoliten ihren ersten Leitartikel. Sie wendet sich besonders gegen die irri-ge Meinung, der Appell, der der Berichtigung vergangener Entgleisungen und der rechten Orientierung in der Zukunft diene, bedeute eine Fessel für das geistige Schaffen. „Ganz im Gegenteil sehen sich die katholischen geistigen Berufe heute wie nie zuvor einer edlen Aufgabe der geistigen Führerschaft gegenüber, der sie nicht entfliehen können... Wie verführerisch es auch sein mag, sich oberflächlichen Irrlehren zu überlassen: der treue Sohn der Kirche kann nie vergessen, daß die geistige Ausrüstung, die ihm sein Glaube verleiht, nicht eine jener menschlichen Weisheiten darstellt, die er in Berührung mit anderen Systemen wieder revidieren muß... Sie ist nicht Knechtschaft, sondern ehrenhafte Bürgerschaft.“

Der Leitartikel zitiert abschließend Menéndez y Pelayo als „großen Vorläufer“ eines so verstandenen geistigen

Amtes: „In allen Diskussionen die ganze Fülle von Urteilsfreiheit, Liebe und Würde, aber unverbrüchliche Treue zum rechten Glauben und zum Lehramt der Kirche!“

Nochmals Richtigstellungen zur konfessionellen Lage in Spanien

In unserer ausführlichen Darstellung der Hintergründe der Schließung des protestantischen Seminars in Madrid stellten wir im letzten Heft fest (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 360): „Weder die katholische Kirche noch der spanische Staat macht dem Protestantismus grundsätzlich das Recht streitig, seine Geistlichen an Ort und Stelle auszubilden.“ Es mußte der Glaubwürdigkeit unseres ganzen Berichts beträchtlich Eintrag tun, wenn der „Evangelische Pressedienst“ am 4. Mai, also gerade zum Zeitpunkt des Erscheinens unseres Maiheftes, folgende Meldung verbreitete, der sich ein ausführlicher Kommentar anschloß: „Unter Berufung auf die Artikel 26 und 27 des im Jahre 1953 zwischen Spanien und dem Vatikan abgeschlossenen Konkordates hat die spanische Hierarchie der Römisch-katholischen Kirche bei der Regierung in Madrid Einspruch dagegen erhoben, daß das am 23. Januar 1956 durch die Polizei geschlossene Evangelisch-theologische Seminar in Madrid auf Grund einer bereits entworfenen Lösung wieder eröffnet würde.“

Die einzige Nachrichtenagentur, die diesen angeblichen Tatbestand meldete, war epd. (Lediglich der „Ökumenische Pressedienst“ vom 11. Mai übernahm sie.) Wie wir dazu nunmehr von oberster Stelle der spanischen Hierarchie schriftlich versichert bekommen, haben sich die katholischen Bischöfe mit *keinerlei Einspruch* an die Regierung gewandt, ja sich seit der Schließung des Seminars zu keinem Zeitpunkt auch nur im geringsten dazu offiziell geäußert. Wir haben also keine Ursache, unsere Darstellung zu berichtigen.

Neue Beschlagnahme von Bibeln

Der „Evangelische Pressedienst“ brachte in der Ausgabe B vom 4. Mai eine weitere Meldung: „Neue Beschlagnahmen in Spanien“, die im Untertitel völlig unzutreffend heißt: „Gemeinden ohne Bibeln und Gesangbücher“. Tatsache ist, daß im Depot der „Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft“ in Madrid Ende April 35 000 Bibelausgaben beschlagnahmt worden sind. Man sollte aber auch hierzu die Hintergründe kennen. Mindestens 5000 der beschlagnahmten Exemplare waren nämlich kurz vorher ohne Genehmigung in der Druckerei des Herrn Izaguirre in der Calle de Magallanes 24 in Madrid gedruckt worden, wobei das vorgeschriebene Impressum weggelassen und eine ausländische Herstellung vorgetäuscht wurde. Das ist ein klarer Bruch der bestehenden Rechtsvorschriften, der in jedem Land zu Schwierigkeiten führen würde. Auch für die übrigen Exemplare lag keine Einfuhr- oder Druckerlaubnis vor, so daß auch der epd die Legalität des staatlichen Einschreitens zugeben mußte. Es war darum verfehlt, wenn sich das britische Oberhaus Anfang Mai mit der Angelegenheit befaßte, nachdem vorher die britische Botschaft in Madrid beim Außenministerium interveniert hatte. Alle evangelischen Veröffentlichungen verteidigen die weit über jeden möglichen Bedarf der Protestanten hinausgehende Herstellung und Verbreitung evangelischer

Bibelausgaben in Spanien damit, daß unter den Katholiken ein förmlicher „Hunger nach der Bibel“ bestehe (weil es nur wenige und sehr teure Bibeln gebe), oder gar damit, daß ihnen die katholische Kirche das Bibellesen verbiete. Auch das entspricht den Tatsachen nicht mehr, sondern ist ein überholtes Klischee konfessioneller Polemik. Es gibt in Spanien fünf katholische Ausgaben der vollständigen Heiligen Schrift, die überall billig erhältlich sind. Allein nach dem Krieg sind zwei neue vollständige Bibelausgaben in der „Biblioteca de Autores Cristianos“ (BAC) der Editorial Católica erschienen: von Bover-Cantera mit bisher zwei Auflagen, von Nacar-Colunga mit bisher vier Auflagen. Erstere Ausgabe kostet in Leinen 90 ptas., letztere 80 ptas. (= 9 bzw. 8 DM). In gleicher Ausstattung kostet in Deutschland auf evangelischer Seite die Luther-Übersetzung 7.40 DM, auf katholischer Seite die Rießler-Storr-Bibel 24.50 DM. Es gibt in Spanien den für alle Diözesen vorgeschriebenen „Biblichen Sonntag“, es gibt zahlreiche und billige Meßbücher (insgesamt 20 verschiedene Ausgaben, ab 3.50 DM), zahlreiche und billige Neue Testamente (ab 1.80 DM) und exegetische Werke spanischer wie ausländischer Autoren.

Eine evangelische Dokumentation

In einer Leserzuschrift zu unserer Darstellung im letzten Heft wurde die Nichterwähnung einer neueren evangelischen Publikation zur Lage in Spanien gerügt. Obwohl sie für unsere Zusammenhänge nichts bisher Unbekanntes und keine neuen Aspekte erbringt, sei die Schrift angezeigt: Jacques *Delpuch*, „Die evangelischen Christen Spaniens“ (München, Evangelischer Presseverband 1955, 91 S. und 12 Photos). Delpuch ist evangelischer Pfarrer in Paris und Leiter des Kuratoriums des Weltkirchenrates für die evangelische Kirche in Spanien. Seine Schrift ist im wesentlichen Dokumentation (spanische Verfassung, Konkordat, Rechtsbestimmungen, einzelne Übergriffe, bischöfliche Instruktionen, ausländische katholische Stimmen) und enthält sich jeglicher gehässigen Polemik. Ein Großteil der dargestellten Tatbestände dürfte richtig sein, ein Teil ist für uns nicht überprüfbar, ein Teil könnte leicht widerlegt werden (z. B. das behauptete Fehlen erschwinglicher katholischer Bibelausgaben, s. o.). Alles in allem demonstriert die Schrift sehr konkret und sehr eindringlich die Tatsache, daß der Protestantismus im spanischen Volkstum einen Fremdkörper darstellt, der in der gesamten öffentlichen Meinung auf eine Mauer des Widerstandes stößt, und daß sein Verhalten nicht geeignet ist, zu einem friedlichen Modus vivendi zu führen. Der spanische Staat befindet sich zum mindesten in seiner Haltung gegenüber dem Protestantismus in Übereinstimmung mit dem Volkswillen. Daß er dabei manchmal zu weit geht und sich oft nicht mehr auf das Naturrecht berufen kann, dafür liegt die Schuld wohl auf beiden Seiten und in der ganzen geschichtlichen Entwicklung. Wer aber (wie es Delpuch tut) einzelne übers Ziel hinausschießende katholische Traktätchen oder gar Ausschreitungen mit der offiziellen Haltung der katholischen Kirche in Deckung zu bringen versucht, erweist dem Anliegen des konfessionellen Friedens einen schlechten Dienst. Auch dem Protestantismus in Spanien ist mit ausländischen Polemiken am wenigsten gedient. Auf die These vom „katholischen Staat“ werden wir im Rahmen einer umfassenden Darstellung des Problems der Toleranz bei anderer Gelegenheit zurückkommen.

Kardinal Feltins Darlegung der kirchlichen Lehre zur Kolonialfrage

Die Lösung des Problems des Freiheitsdrangs der Kolonialvölker ist im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick so entscheidend für die Zukunft

der Menschheit und den Weltfrieden, daß die Stellung der Kirche zu dieser Frage, zumal in Frankreich, für das sie im Augenblick am brennendsten ist, von der Hierarchie immer wieder zu Gehör gebracht wird. So hat Kardinal Feltin Ende April auf dem Kongreß der Pfarrvereine der Diözese Paris die Lehre der Kirche zur Kolonialfrage in unmittelbarem Bezug zu den Vorgängen in Algerien nochmals in folgenden drei Punkten zusammengefaßt:

1. „Die Aufgabe, für die unsere Jugend heute einberufen wird, ist eine Aufgabe der Befriedung: der Wiederherstellung der zerstörten, aber unerläßlichen Ordnung; des Schutzes der friedlichen Bevölkerung gegen die Angriffe bewaffneter Banden; der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in dem ganzen weiten Gebiet.“ Die Einberufenen müssen jedoch „Leidenschaft, Haß und Rachsucht, die sich allmählich ihrer bemächtigen könnten“, vermeiden.

2. „Wir wünschen, daß alle Reformen fortgesetzt werden, die dazu beitragen können, die Afrikaner im sozialen Bereich instand zu setzen, jede angemessene Verantwortung und förderliche Maßnahme fortschreitend selber zu übernehmen. Auf jeden Fall, so sagte der Papst in seiner letzten Weihnachtsbotschaft, darf diesen Völkern eine rechtmäßige und fortschreitende politische Freiheit nicht vorenthalten werden, und man darf dieser keine Hindernisse entgegensetzen.“

3. „Wir wünschen, daß die menschliche Brüderlichkeit offenbar wird, daß auch die polizeilichen Maßnahmen verschwinden, daß möglichst bald Verträge abgeschlossen werden können und daß trotz der Verschiedenheit der Rasse und der Religion der Friede herrschen möge.“

Aus Nordafrika und der islamischen Welt

Maßnahmen gegen Priester der „Mission de France“ in Algerien

Am 24. April stellte die französische Präfekturbehörde des Departements Constantine in Algerien drei der „Mission de France“ angehörigen Priestern

einen Ausweisungsbefehl zu. Der Ausweisungsbefehl geht auf eine Erklärung zurück, die diese Priester am 29. Januar abgegeben haben und in der sie die Haltung des Christen im algerischen Konflikt darlegten. Sie wiesen in dieser Erklärung zunächst auf die allen Christen auferlegte Pflicht der Nächstenliebe hin. Weiter hieß es dann wörtlich: „Aber für uns Priester und alle jene, die sich dem Apostolat widmen, bedeutet die Nächstenliebe mehr. Die Kirche hat uns zu den Menschen dieser Pfarrei gesandt, weil sie in ihnen, ob sie es wissen oder nicht, ihre Kinder sieht und ihre Mutter ist. Darum, auf Grund dieser Sendung, müssen wir trotz allen denen, die sich dagegen auflehnen, und selbst um den Preis unseres Lebens im Dienste aller sein und bleiben. Wir haben in dieser Zeit des Kampfes kein Recht, in dem einen oder dem anderen Lager Stellung zu beziehen, im Gegenteil: wir müssen alles versuchen, was uns nur möglich ist, um eine Verständigungsmöglichkeit zwischen den beiden Lagern offenzuhalten.“

Die Behörde wirft nun den Priestern vor, sie hätten durch diese Erklärung die europäische Bevölkerung Algeriens verwirrt. Der Bischof von Constantine, Msgr. Pinier,

stellte sich jedoch hinter sie. Er ließ in allen Kirchen seiner Diözese ein Schreiben verlesen, in dem es hieß: „Diese Priester sind der ihnen anvertrauten geistigen Sendung treu geblieben. Sie haben ihre Pflichten als französische Bürger in Algerien nicht verletzt. Sie sind mit dem Beispiel der Nächstenliebe gegenüber den Armen und Unglücklichen vorangegangen.“ Der Bischof drückt dann den drei Betroffenen seine tiefe Sympathie und große Dankbarkeit aus. Die Durchführung des Ausweisungsbefehls ist auf später verschoben worden.

In Algerien bestanden zuletzt vier Posten der „Mission de France“: in Hussein-Dey, Souk-Ahras, Rab-El-Qued und Duvivier. Es ist der Posten von Souk-Ahras, um den es sich gegenwärtig handelt. Der Vorfall ist kennzeichnend für die oft herzerreißende Situation, in der sich das christliche Gewissen und die christliche Liebe inmitten der algerischen Ereignisse befindet, und auch für den Mut und die Unvoreingenommenheit der Hierarchie.

Gefährdung der christlichen Schulen in Ägypten

Die einmütigen Proteste der ägyptischen Kirchen gegen die Aufhebung der religiösen Gerichtshöfe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 316) haben nunmehr zu einem gewissen Erfolg geführt. (Wie an dieser Stelle berichtet wurde, sollten am 1. 1. 1956 die Gerichtshöfe der einzelnen Konfessionen aufgelöst werden und deren Funktion auf die zivilen Gerichte übertragen werden.) Die ägyptische Regierung hat zu dem neuen Gesetz über das Personalstatut folgende einschränkende Bestimmungen erlassen, die den Wünschen der christlichen Kirchen entgegenkommen:

Die Entscheidungen der Gerichte müssen in Zukunft die Konfession der Parteien berücksichtigen. Angehörige einer Religionsgemeinschaft, in der eine Ehescheidung nicht zulässig ist, dürfen durch zivile Gerichte nicht geschieden werden. Außerdem dürfen die Prozesse nur nach den in den Religionsgemeinschaften geltenden Grundsätzen geführt werden, denen die Kontrahenten zur Zeit ihrer Eheschließung angehörten. Ein späterer Wechsel der Religionsgemeinschaft soll nicht anerkannt werden.

Da die ägyptischen Gerichtshöfe kaum über Richter verfügen, die mit den Rechtssystemen der einzelnen Konfessionen genügend vertraut sind, wird man wohl auf die Richter der aufgelösten religiösen Gerichtshöfe zurückgreifen und diese wenigstens als Sachverständige hinzuziehen müssen.

Während sich hier die Situation etwas entspannt hat, zeigte die ägyptische Regierung durch einen neuen Erlaß, daß sie die Möglichkeiten einer Einschränkung der christlichen Religionsgemeinschaften noch keineswegs erschöpft hat. Allein in der Wahl der Mittel scheint eine Änderung eingetreten zu sein.

Durch eine neue Bestimmung werden die Privatschulen in eine schwierige Situation versetzt (Fides-Nachrichtendienst, 24. 3. 56). Zur Eröffnung neuer Privatschulen muß eine behördliche Genehmigung eingeholt werden, und die Lehrer an diesen Schulen werden sich in Zukunft über ihre Qualifikation ausweisen müssen. Welche Maßstäbe hier angewandt werden sollen, ist noch nicht bekannt. Hiervon werden vor allem die Missionsschulen betroffen. Die ägyptische Regierung kann in Zukunft die Eröffnung weiterer Schulen ohne Schwierigkeiten verhindern und unter Umständen die Zahl der Lehrer an den bereits bestehenden Instituten einschränken.

Schwerwiegend wird sich eine neue Verordnung erweisen, nach der jeder Schüler in der Schule, die er besucht, in seiner Religion unterwiesen werden muß.

Da von den 50 000 Schülern christlicher Missionsinstitute 18 000 muslimischer Konfession sind, würden die christlichen Schulen entweder eine Anzahl muslimischer Lehrer anstellen müssen oder — und das scheint der eigentliche Zweck dieser Verordnung zu sein — auf muslimische Schüler verzichten müssen.

Aus den Missionen

Die Abwendung der Gefahr des gottlosen Materialismus von Afrika. Missionsgebetsmeinung für Juli 1956

Die politischen Ereignisse in Nordafrika haben einen erregenden Einfluß auf das ganze Afrika südlich der Sahara ausgeübt. Der schwarze Afrikaner sieht auch hier einen Sieg der eigenen Sache, mag er Fetischist, Mohammedaner oder Christ sein. Das politische Interesse steht vollständig im Mittelpunkt des Denkens der Afrikaner von heute. Wir Christen in Europa schauen mit gemischten Gefühlen auf die Veränderungen am ganzen Südrand des Mittelmeers, die den an sich schon schwachen Einfluß des Christentums in jenen Zonen weiter zurückdrängen werden. Der heutige Islam wird sich dort stärker denn je organisieren, obwohl er in seiner Intellektuellenschicht stark vom westlichen säkularisierten Denken angezogen erscheint. Es ist voraussehen, daß diese in jeder Hinsicht hilfsbedürftigen Staaten, vom antikolonialen Affekt tief betroffen, mit dem Gedanken einer Annahme russischer Hilfe sich tragen werden, da Rußland in der öffentlichen Meinung als selbstloser Freund der bisher Unterdrückten gilt: zum mindesten werden sie nach dem Vorbild anderer Länder der farbigen Welt das Spiel um den Meistbietenden beginnen und West und Ost gegeneinander ausspielen. Damit wird das kommunistische Rußland wirtschaftlich und damit auch politisch und ideologisch in Nordafrika eine weit stärkere Stellung haben als bisher. Die russische Politik wird dadurch erleichtert, daß namentlich von Frankreich aus der Kommunismus nicht nur seine Kader aufbauen konnte, sondern im Gewerkschaftswesen schon eine sehr aktive Rolle in Nordafrika spielt.

Die Entwicklung in Nordafrika wird naturnotwendig ihr Gegenbild im kulturell schon stärker entwickelten Westafrika und in Äquatorialafrika haben. Letzteres ist dabei besonders der kommunistischen Infiltration aus dem ägyptisch-sudanesischen Raum offen. In Westafrika hat der Kommunismus die von Frankreich dorthin verpflanzte CGT (Confédération Générale du Travail) nicht nur unterwandert, sondern nach der Abspaltung einer kleinen Gruppe dieser mächtigen Arbeiterorganisation das Restgebilde vollständig in seine Hand gebracht. Die nichtchristlichen Jugendorganisationen Französisch-Westafrikas sympathisieren offen mit den Kommunisten, die durch Zeitungen und geschickt verfaßte vervielfältigte Hetzschriften überall in das soziale Gefüge eindringen. In Äquatorialafrika sind neuerdings jugendliche Propagandatrupps der mohammedanischen Istiqlal aus dem Norden eingedrungen; die das Loblied des Kommunismus singen.

Die Positionen des Kommunismus

Jüngst erfolgte umfangreiche Veränderungen in den russischen diplomatischen Vertretungen im Nahen Orient

deuten darauf hin, daß Rußland planvoll die neuen Möglichkeiten auch in Afrika entwickelt. Auf die leitenden Posten wurden beste Sachkenner berufen. Die Gesandtschaften und Handelsvertretungen erhielten überall Personalverstärkungen. Nachdem in Südafrika das Generalkonsulat zu Pretoria auf Ansuchen der südafrikanischen Regierung geschlossen werden mußte, richteten die Sowjets ihre Aufmerksamkeit besonders auf Nord-, West- und Ostafrika. Über die Stellung der Russen in Addis Abeba, dem bisherigen Aktionszentrum, ist schon öfter in der Presse berichtet worden. Der Gesandtschaft ist ein „Kulturzentrum“ und eine medizinische Mission angegliedert, die ein Personal von 400 Köpfen beaufsichtigt. Durch einen turnusmäßigen Wechsel des auszubildenden Pflegepersonals am russischen Hospital wird ein Stamm von Wohlfahrtshelferinnen gebildet, die allmählich mit Hilfe von Ambulatorien usw. die marxistischen Ideen ausstrahlen sollen. Die wirtschaftlichen Beziehungen Abessiniens zu den Ostblockstaaten sind intensiviert worden. Auf die stetig wachsende Einflußnahme des Kremls auf Ägypten (Waffenlieferungen und technische Hilfe) sei nur hingewiesen. Rußland hat ferner die Republik Liberia anerkannt und sucht dort den traditionellen Einfluß der USA zu brechen. Der Präsident nahm die von einem Mitglied des Obersten Sowjets persönlich angebotene Wirtschaftshilfe an. Beide Länder werden Botschafter austauschen. Rußland hat sich ferner beeilt, diplomatische Beziehungen zum vier Jahre alten Königreich Libyen und zur jungen Republik des Sudan anzuknüpfen. Im Sudan sind schon zahlreiche Agenten eingetroffen. Der erste russische Botschafter in Libyen spricht geläufig Arabisch, und auch die neuen Botschafter in Kairo und Addis Abeba sind Experten in arabischen Fragen. Libyen sowohl wie Liberia haben den Amerikanern bzw. Engländern bisher See- und Festlandsbasen eingeräumt. Fünf Meilen von Tripolis, dem Sitz der russischen Gesandtschaft in Libyen, liegt die stärkste strategische Luftbasis der Vereinigten Staaten außerhalb der USA. Mit der Gewinnung der Position in Libyen ist Rußland nahe an die Unruheherde in Nordafrika herangerückt und wird sich nun beeilen, in Tunesien und Marokko diplomatische Vertretungen zu errichten. Bezeichnend für die russische Taktik ist, daß die Russen weder in Liberia noch in Libyen noch im Sudan bisher Versuche kommunistischer Werbung unternahmen. Das geheime Organisationsnetz der Sowjets in Afrika ist trotz der Tätigkeit der westlichen Geheimdienste nicht annähernd bekannt. Man weiß, daß sich in Brazzaville (Französisch-Kongo) eine Zentrale für die Werbung im Kongogebiet befindet, wo es bisher noch ziemlich ruhig war. Anscheinend hat man auch ein Büro für die Kolonien Angola und Mozambique geschaffen, wo die Portugiesen, die keine Colour bar kennen, bisher durch eine kluge Eingeborenenpolitik große Erfolge erzielten. Rußlands Bestreben wird es sein, der portugiesischen Assimilationspolitik entgegenzuarbeiten, die beide Kolonien zu Teilen Portugals machte und ihre Einwohner kulturell zu Portugiesen machen möchte (vgl. den Parallelfall Goa!). In Ostafrika haben die Sowjets propagandistisch (bis auf die Versuche, die Mau-Mau-Bewegung zu stimulieren) wenig Erfolge erreicht. Waren sie in Westafrika nachweislich an verschiedenen Revolten und Streiks der letzten zehn Jahre beteiligt, so sind ihnen im britisch kontrollierten Gebiet größere Erfolge versagt geblieben. Der Ministerpräsident der Goldküste ist antikommunistisch und hat

Maßnahmen getroffen, um die Ausreise von Landesangehörigen, denen man im voraus die Flugreise vom Ausland aus bezahlt hatte, zu kommunistischen Schulungskursen, Konferenzen usw. zu verhüten. Nach Auskünften des Apostolischen Delegaten Lefèbvre in Dakar befinden sich aber dauernd Afrikaner aus den verschiedensten Teilen des Erdteils zur kommunistischen Ausbildung in Moskau, Warschau und Prag. In Nigerien, wo 1950 eine große Propagandaaktion gestartet wurde, waren die Erfolge der Kommunisten bisher minimal. Es gelang nicht einmal, eine kommunistische Partei zu gründen. Der Nationalismus Nigeriens, das eine konservative Bevölkerung besitzt, ist betont westafrikanisch, also landschaftlich gebunden. Nigerien hat indes wirtschaftliche Beziehungen zu den Ostblockstaaten.

Kritische Lage in Französisch-Westafrika

Glaubte der bekannte Missionsschriftsteller und frühere Direktor der Agenzia Fides, John J. Considine, in seinem Buch „Africa, World of New Men“ im Jahre 1954 nach einer langen Reise durch den Kontinent schreiben zu können: „In Westafrika ist der Kommunismus mit seiner versengenden Feindschaft gegenüber der Religion keine organisierte öffentliche Bewegung . . . Es ist kein Zeichen substantieller roter Eroberungen sichtbar“, so gab ein sehr offener Bericht des Vertreters der Agenzia Fides aus Dakar (Fides Documentazione, Februar 1955) ein wesentlich anderes und man kann sagen erschütterndes Bild der Lage, das ein weiterer Bericht vom November 1955 noch unterstrich. Im letzteren Bericht heißt es: „Der Kommunismus frißt überall, besonders unter der Arbeiterschaft, um sich. Das Landvolk wird bald auch von dieser Propaganda erfaßt, wie es in Kamerun bereits der Fall ist. Für den Augenblick sucht der Kommunismus vor allem auch unter den Studierenden und Beamten sich auszubreiten. Die Methode besteht in Schürung der Klassen-, Standes- und Rassenunterschiede. Die Propaganda wird mit Hilfe der Presse durch junge Draufgänger geführt, die in Rußland und an französischen roten Zentralen ausgebildet wurden. Bei dem ewigen Ministerwechsel, dem absoluten Mangel einer klaren Linie bei der Verwaltung, der mangelnden Überzeugung bei den leitenden Persönlichkeiten und vielen ihrer Mitarbeiter schießt der Kommunismus ins Kraut. Man hat anscheinend einer Partei mit offen zerstörender Tendenz, die dem Frieden der Gesellschaft abhold ist und durch ein fremdes Land gestützt wird, ein für allemal das Bürgerrecht und zugleich ein gewisses Maß von Freiheit verliehen.“

In der acht Monate früher gegebenen Analyse der Lage wird mitgeteilt, daß allein in Dakar 14 kommunistische Berufssekretäre lebten, die in großem Umfang Schulungskurse der roten CGT-Gewerkschaft organisierten. Die Talentiertesten unter den Kursteilnehmern würden nach Österreich, Rußland, China und selbst nach Indochina gesandt. Sie kämen angeregt, bestens geformt, mit dem Glauben von Zeugen und dem Mut von kämpferischen Aktivisten zurück. Die Jugend werde weniger durch die kommunistische Idee gewonnen als durch die Erwartung, mit Hilfe dieser Bewegung schneller zu Freiheit und Glück zu kommen. Aber allmählich bauten die Kommunisten von unten her die ideologische Bewegung auf und seien in das Denken der Jugend, man könne erweiternd sagen, in das Denken aller Evoluiernten in den Städten eingebrochen. Wörtlich heißt es dann: „Die Katholiken

zögern wegen der Verurteilung des Kommunismus seitens der Kirche, aber in den allermeisten Fällen verstehen sie dieses Verbot nicht. Für viele Christen, die durch die Schulen gehen, besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen ihrem Leben, ihren Sehnsüchten, ihren Schwierigkeiten und dem christlichen Glauben, den man sie lehrt. Mehr oder weniger erscheint ihnen das Christentum nicht als das ‚Heil‘ ihres Lebens, weil es die soziale Lösung nicht bringen könne, die sie suchen. Im Gegenteil, sie leiden mehr oder weniger bewußt unter der Tatsache, daß die christliche Hoffnung die menschliche Hoffnung, die sie verzehrt, gänzlich zu mißfachten scheint. Mehr noch, die christliche Religion, die Kirche erscheint ihnen als ein ‚Zügel‘, wenn nicht gar ein Hindernis für ihre Evolution.“ Nachdem der Verfasser auf die schlechten sozialen Bedingungen in den Städten, auf die Arbeitslosigkeit, die grausamen Schwierigkeiten der Unterbringung der Volksschulabsolventen und das Wohnungselend hingewiesen hat, fährt er fort: „Man muß offen zugestehen, daß die katholischen Missionen sich nicht imstande sehen, die Tendenzen kommunistischer und lazierender Natur selbst unter den jungen Christen einzudämmen, gar nicht zu reden von der den Missionen aufgenötigten Unmöglichkeit, einen größeren Einfluß auf die staatsbürgerliche und soziale Haltung der nichtchristlichen Jugend auszuüben. So sind die Christen weit entfernt davon, der Sauerterge zu sein, der sie sein sollten, da sie selbst von den falschen Ideen ergriffen sind.“ Zum Schluß betont der Bericht die Geschicklichkeit der Kommunisten, sich zuerst mit maßvollen Ideologien und Forderungen in die Sammlungsbewegungen der Jugend einzuschmuggeln. Die marxistischen Theorien würden prachtvoll orchestriert mit den Forderungen auf Beseitigung des Kolonialismus, jeder Art von Paternalismus, jedes Aufschubs der politischen Befreiung. Die größte Gefahr liege in der Begegnung der marxistischen Propagandathemen mit dem Geisteszustand der Evoluierten. Die katholischen Missionen genossen trotz ihrer Hingabe, trotz der Anhänglichkeit einer sehr großen Zahl von Afrikanern an die Kirche bei weitem nicht das Ansehen, das der Kommunismus habe. Der Berichterstatter sieht die einzige Rettung vor den drohenden Gefahren in entschlossenem methodischem Aufbau einer afrikanischen Laienelite, die zusätzlich zu jenen traditionellen Apostolatsbemühungen tritt, die mit den Stichworten Katechumenat, Pfarrleben, Schule, Caritas umrissen werden. Diese Elite müsse in einem tiefer erfaßten Glauben gegründet sein, der Quelle echter Überzeugung ist. Sie müsse in den verschiedenen Ordnungen menschlicher Werte sachkundige Führung geben und eine wohl ausgeglichene Allgemeinbildung, berufliche Tüchtigkeit und die Eignung zum Aufbau sozialer Werte (Gewerkschaften, Werke der wirtschaftlichen Gegenseitigkeitshilfe) besitzen. Sie müsse sich schließlich bewußt sein, daß sie in einer in voller Evolution befindlichen Gemeinschaft die Pflicht habe, aus christlichem Geist eine bestimmende Rolle im politischen Leben und in allen Strukturen der Gesellschaft zu übernehmen. — Wir haben diese Programmatik hier ausführlich entwickelt, weil die gesamten Missionen Afrikas sich vor dieselben Aufgaben gestellt sehen, zu deren Bewältigung weder die Zahl der vorhandenen Missionare noch ihre bisherige berufliche Ausbildung (bis auf wenige Ausnahmen) ausreicht und die auch ihrem Wesen nach nur mit Hilfe einer qualifizierten Laienschaft geleistet werden kann.

Die Gegenwirkung der weißen Umwelt

Hier macht sich nun in Afrika eine fatale Gegenwirkung bemerkbar, die von der Masse der Kolonial-Europäer ausgeht. Sie ist, apostolisch gesehen, in Afrika ein Passivum, mehr noch: ihr Leben und ihre Anschauungen sind ein Anstoß für jeden wirklich christlich denkenden Afrikaner. Diese Gruppe von vielleicht fünf Millionen Weißen arbeitet durch ihre religiöse Indifferenz, ihren weltanschaulichen Liberalismus und Laizismus, ihre Genuß- und Geldgier, ihren praktischen Materialismus dem gottlosen Marxismus direkt in die Hände. Ihr soziales Verhalten, ihr Rassenstolz treiben den jungen afrikanischen Nationalismus direkt in einen Nationalismus mit achristlichen und antichristlichen Vorzeichen hinein, der sich mit dem Marxismus verbündet. Der Bischof von Beira in Mozambique veröffentlichte jüngst im „Osservatore Romano“ (1. 3. 56) einen Aufsatz über afrikanische Probleme, in dem er u. a. die Gefahren hervorhebt, die von jenen Weißen ausgehen, „die bewußt oder unbewußt Lehren predigen (und leben), die in sich nicht kommunistisch, aber psychologisch den augenblicklichen Bedingungen des einheimischen Afrikaners so angepaßt sind, daß sie dem Kommunismus leicht dienen können“. Es ist tatsächlich fast unmöglich, eine afrikanische christliche Laienelite heranzubilden, wenn die aus dem „christlichen“ Abendland kommenden Weißen bis auf wenige ein unchristliches Beispiel geben.

Der Generalsekretär der Weißen Väter in Rom, Xavier Seumoïs, hat auf Ansuchen des Verbindungszentrums der Internationalen Katholischen Organisationen zu den Missionen im September 1955 eine umfangreiche Denkschrift verfaßt, die sich mit der Frage beschäftigt, was getan werden kann, um in die Weißenumwelt Afrikas Zellen einer christlichen Erneuerung einzupflanzen. Als Untersuchungsfeld wählte er die britischen und französischen Gebiete des Schwarzen Afrikas, in denen die größte Zahl seiner Mitbrüder arbeitet. Die Feststellungen über die Gesamtlage sind betrüblich. Selbst bei den Katholiken, die ihre religiösen Pflichten treu erfüllen, hat das Christentum wenig Einfluß auf das Alltagsleben, besonders in der Rassenfrage. Abgesehen von der Teilnahme am Gottesdienst unterscheidet sich die Mehrzahl der europäischen Katholiken in der Praxis des Lebens wenig von den anderen, nichtkatholischen Einwanderern. Die Schicht der weißen Einwanderer im Schwarzen Afrika ist der Mehrzahl nach aus areligiösen Elementen zusammengesetzt, die einen praktischen Materialismus leben. Diese Schicht gibt der weißen Bevölkerung ihr spezifisches Gepräge. Sie ist in erster Linie für die Ausbreitung des Neuheidentums verantwortlich. Die Frauenwelt unterliegt wegen ihrer größeren Sensibilität den Rassenvorurteilen stärker als die Männerwelt. Die weißen Hausfrauen haben, mit Dienern umgeben, im Haushalt wenig zu tun und führen ein Leben des Müßiggangs, der lockeren Sitten und oft der Frivolität. Sie stellen eine schwere Belastung im christlichen Leben dar: „Solange diese Unordnung unter der Frauenwelt nicht beseitigt ist, wird man vergebens große Hoffnungen auf eine Erneuerung christlichen und apostolischen Lebens in der Umwelt der weißen Ausgewanderten setzen.“ P. Seumoïs macht dann ins einzelne gehende Vorschläge zur Besserung der Lage. Der Kern dieser Vorschläge ist, man müsse schon in der Heimat unter den zukünftigen Auswanderern jene zusammenschließen, die dort aktiv im katholischen Leben stehen, und diese Grup-

pen in der Mission als Zellen benutzen, um die Kolonialumwelt, die auf jeden gläubigen Katholiken, der bisher nach Afrika ging, einen schicksalhaften demoralisierenden Einfluß ausübte, umzugestalten. Das Werk könne nur gelingen, wenn man sowohl in der Heimat als in der Mission Kader solcher Menschen bilde, die hüben und drüben Spezialseelsorger hätten und zu einer organisatorischen Gesamtheit unter Mitwirkung des europäischen und afrikanischen Episkopats zusammengefügt würden.

Die Schulpolitik der Regierungen

Die Weißen sind noch in den meisten Gebieten Afrikas für die Schulpolitik verantwortlich. Wenn nun die leitenden Beamten selbst vom „Kolonialgeist“ erfaßt sind, kann man nichts anderes erwarten, als daß sie nach diesen Ideen die Schulen gestalten wollen. Die Regierungsbeamten sehen oft nicht, daß die durch die Evolution aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachte Jugend, die die alten religiösen Vorstellungen verläßt, neue religiöse Bindungen finden muß, um nicht der geistigen Anarchie zu verfallen. Deshalb ist es so bedauerlich, wenn die christliche Missionsschule immer mehr eingeengt wird. Das ist um so verhängnisvoller, als morgen die Afrikaner selbst die Schulen übernehmen und sich geistig an der Schulpolitik von heute ausrichten werden. Wenn nicht ausgesprochener Antiklerikalismus am Werke ist, verschanzen sich die Verantwortlichen oft hinter die These, die Regierung müsse weltanschaulich neutral sein und es sei nicht ihre Aufgabe, gerade jetzt den Afrikanern eine bestimmte Weltanschauung aufzudrängen. Solche Schulpolitik führe auch nur zu Schwierigkeiten in der politischen Führung der Afrikaner. Nun haben die Missionsschulen nie an Gewissenszwang gedacht. Sie wollen nur im Interesse der Afrikaner selbst volle Entwicklungsfreiheit, zumal die Missionen die ersten Schulträger in Afrika waren. Eine enorme Schwierigkeit bereitet natürlich die bekenntnismäßige Spaltung des Christentums in manchen Gebieten Afrikas. Im Zuge der allgemeinen Ausbreitung der Bildung drängen sich in gewissen Bezirken verwaltungsmäßige Zusammenlegungen von Schulen verschiedenster Bekenntnisse geradezu auf. Bei der sprunghaften Entfaltung des Schulwesens können die Missionen auch gar nicht mehr überall das nötige Personal aufbringen, um die neuen Schulen zu leiten. Das bedeutet für sie eine schmerzvolle Selbstbescheidung, andererseits aber auch die Notwendigkeit, Priester und Laienlehrer heranzubilden, die in den Staatsschulen wenigstens den Religionsunterricht erteilen können. Wenn man aber die religiös-neutrale Staatsschule mit weltanschaulich-liberaler oder säkularistischer Staatsschule gleichsetzt oder wenn man, wie jetzt in Südafrika, erklärt, für den Schwarzen sei das Christentum notwendig, es genüge aber ein „allgemein christlicher Religionsunterricht“, so fördert man eben jene Entwicklung, die notwendig zur geistig-sittlichen Anarchie bei den Schwarzen führen muß. Ein trauriges Beispiel beschränkter Schulpolitik bietet heute Belgisch-Kongo, wo man jetzt die Laisenschule neben der Missionsschule entwickelt. Die Missionare widersetzen sich nicht der Einrichtung von Staatsschulen, wo es notwendig und wünschenswert ist. Sie bedauern nur die Atmosphäre, in der dies geschieht, und den Geist, den die liberal-sozialistische Kammermehrheit in Belgien diesen Schulen aufdrücken will, die in Hast errichtet werden, während man z. B. das katholische Mittelschulwesen praktisch zum Entwicklungsstillstand gebracht hat. Eine Laisierungsbewegung ist im Kongo,

der 5 Millionen Katholiken und 1 Million Katechumenen bei 14 Millionen Einwohnern zählt, entwickelt worden. Zum ersten Male erleben die Schwarzen einen Gegensatz von Kirche und Staat. Zum ersten Male bilden sich jetzt sozialistische und liberale Parteigruppen nach belgischem Muster unter den Schwarzen. Es ist dies der Anfang der Spaltung unter den Einheimischen nach dem Vorbild Belgiens. Das kann in einem Volkskörper, der noch gar nicht reif ist zur Erfassung der historischen und geistigen Entwicklungen in Europa, nur zur geistigen Zersetzung führen. Nicht in diesem Zusammenhang, aber zur Untermauerung der Situation möge hier ein Zitat aus dem Bericht eines der besten Kongo-Kenner in Belgien, des P. Brys, aus der Gesellschaft von Scheut, angeführt werden, der nach vierjährigem Aufenthalt in Belgien jetzt den Kongo wiedersah: „In den Städten und den großen Zentren wächst materialistisches Denken und der Drang zum Genuß von Tag zu Tag. Bars und Dancings prosperieren. Es zeigt sich eine wirkliche Ausbeutung der niederen Instinkte des Menschen. Wenn man am Abend durch Léopoldville geht, hat man den Eindruck, daß jeder Tag ein Sonntag und daß der Sonntag die Kirmes ist“ (Bulletin de l'Union Missionnaire du Clergé, Brüssel, Januar 1956). Nach einem Bericht der französischen Zeitschrift „Missi“ über die soziale Lage in der Hauptstadt des Kongo hat Léopoldville 500 Bars, in denen an Zahltagen der Alkohol in Strömen fließt!

Die Industriezivilisation

Léopoldville eignet sich als Beispiel, um einen der furchtbarsten Erzieher zum Materialismus in Afrika darzustellen: die nicht gebändigte und nicht sittlich durchformte industrielle Entwicklung. Von heute auf morgen ist sie über Millionen hereingebrochen, die aus einer einfachen Kultur stammten. Sie hat die Afrikaner verwirrt. Vom Glanz der Technik angelockt oder aus dem Trieb, sich mit Geld ungeahnte Genüsse zu verschaffen, oder aus der Notwendigkeit, sich die nach Einführung der Geldwirtschaft stets im Preise höher getriebene Brautgabe zu verschaffen, wandern die Schwarzen zu Hunderttausenden in die rasend schnell wachsenden Städte und Minenzentren. Es entstehen schwerste soziale Probleme in den Massensiedlungen, zu denen sich wegen der zeitweisen Trennung von der Familie große sittliche Probleme gesellen. Die gleichen Probleme ergeben sich auf dem Lande, das von Arbeitskräften entblößt ist und wo die ganze bisherige Lebens- und Sittenordnung ins Wanken gerät. In Afrika gab es 1954 12 Städte mit über 250 000 Einwohnern, 26 mit über 100 000, 44 mit über 45 000, insgesamt nur 82, aber ihre Zahl wächst von Jahr zu Jahr. Léopoldville hatte vor 20 Jahren 27 000 Einwohner, heute mehr als 300 000. Jedes Jahr kommen 25 000 Männer, Frauen und Kinder in die große Stadt, die ihnen weder ausreichende Wohnung noch entsprechende Arbeit geben kann. Zur ungeheuren Wohnungsnot, die zu moralischem Tiefstand führt, kommt die anormale Verteilung der Geschlechter. Die Stadt hat fast doppelt soviel Männer wie Frauen. Von 57 000 schwarzen Frauen waren im Jahre 1954 6000 unverheiratet. Dagegen lebten zur gleichen Zeit in der Stadt 60 000 Männer, die alleinstanden und von denen viele Weib und Kind wegen der Unerschwinglichkeit der Reisekosten hatten zurücklassen müssen.

Erst ganz langsam erhebt so etwas wie ein Mittelstand zwischen der Arbeiterklasse und den Evoluieren, die teilweise in großen amerikanischen Wagen durch die

Stadt fahren. Man arbeitet meist mit ungelerten Arbeitskräften, die sich im modernen Arbeitskontrakt nicht zurechtfinden und in großer Zahl ständig die Arbeitsstelle wechseln. 50% der Arbeiter von Léopoldville sind weniger als ein Jahr an einer Stelle tätig. Man kann sich vorstellen, welche Probleme eine solche Stadt aufgibt. Man begreift aber auch, vor welche Aufgaben etwa christliche Gewerkschaften und Christliche Arbeiterjugend, die sich an verschiedensten Stellen des Kontinents gut entwickeln, sich hier wie anderswo gestellt sehen. Die großen Menschenzusammenballungen im modernen Afrika sind am ehesten in Gefahr, dem Materialismus und Kommunismus anheimzufallen. Nur eine Zusammenfassung aller Kräfte auf allen Gebieten, angefangen von dem sittlich-religiösen bis zu jenen der Erziehung, der Verwaltung, der Selbsthilfe, der natürlichen Ordnungsmächte des Lebens kann verhüten, daß von den Städten und Industriezentren ein Brand ausgeht, der den ganzen Kontinent erfaßt.

Wächst die schismatische Kirche in China?

Die Verfolgung der katholischen Kirche in China geht weiter. Die Nachrichten, die darüber in die Freie Welt dringen, sind gewöhnlich sehr verspätet und zudem spärlich, und es bleibt sehr schwer, sich ein deutliches Bild von der Lage zu machen. Obwohl auch im übrigen China weiter Verhaftungen stattfinden und vor allem die sogenannte „progressistische“, schismatische Gruppe von Priestern, die mit der chinesischen Regierung zusammenarbeitet, anscheinend zunimmt oder jedenfalls eifrig am Werk ist, so konzentriert sich doch der Kampf gegen die katholische Kirche immer noch — seit dem 8. September vorigen Jahres, als Bischof Kung eingekerkert wurde — auf Schanghai und seine Provinz, wo bis vor wenigen Jahren eine große blühende Gemeinschaft bestand: die Diözese Schanghai umfaßte 150 000 Gläubige, davon 50 000 in der Stadt selber.

Man hat, wie wir im März (ds. Jhg., S. 272) berichteten, erwartet, daß ein Schauprozeß gegen Bischof Kung durchgeführt werden würde; das ist jedoch bis heute nicht geschehen. Dagegen hat man nach und nach erfahren, daß der Bischof — offenbar zweimal — öffentlich vorgeführt wurde, wie wir bereits im Dezemberheft (ds. Jhg., S. 120) meldeten.

Der Angriff der Kommunisten gegen das von Jesuiten geleitete Regionalseminar Zikawei bei Schanghai hatte zur Folge, daß mehrere Dutzend Seminaristen ins Gefängnis abgeführt wurden. Die Zurückgebliebenen wurden Tag und Nacht einer unmenschlichen „Gehirnwäsche“ unterzogen. Der Fides-Nachrichtendienst meldet vom 21. April, daß nach den letzten Nachrichten rund ein Drittel der ehemaligen Seminaristen noch in Zikawei sei und weiter in Marxismus unterrichtet werde, während die übrigen Zweidrittel teils gefangen, teils in ihre Heimat zurückgeschickt worden sind. An die Spitze der Anstalt wurde offenbar ein „patriotischer“, „fortschrittlicher“ Priester gesetzt.

Inzwischen hat man auch gehört, daß die inhaftierten Seminaristen und die in Schanghai gefangengenommenen katholischen jungen Männer in ein Konzentrationslager im äußersten Norden der Mandschurei abtransportiert worden sind, wo sie Zwangsarbeit leisten müssen, bis sich ihre Gesinnung geändert hat (also vielleicht lebenslanglich).

In Schanghai ist indessen ein „Kapitularvikar“ an die

Spitze der Diözese gesetzt worden, der offenbar von der Gruppe der „patriotischen Priester“ ernannt worden ist. Nach der Verhaftung des Bischofs am 8. September ist auch, ein paar Wochen später, sein Generalvikar verschwunden. In der darauffolgenden Zeit, in der die Katholiken von Schanghai unaufhörlich bedroht und geängstigt, verhaftet und zu Gerichtssitzungen geschleppt wurden, hat offenbar eine gewisse Zahl von Priestern dem Druck nachgegeben und sich auf die Seite der Regierung gestellt (wozu eine öffentliche Erklärung nötig war, es sei keine Sünde, Msgr. Kung anzuklagen, da seine Vergehen „rein politisch“ gewesen seien). Diese Priester haben nun auf einem „Konzil“ P. Franz Xaver Chang (oder Tsang; mit chinesischem Namen Chang Ze Loang) zum Kapitularvikar ernannt. Nach der „Ernennung“ haben sie am 21. März ein Telegramm an die Propagandakongregation in Rom gesandt, in dem es hieß: Bischof Ignatius Kung wurde wegen seiner vaterlandsfeindlichen Haltung eingekerkert. In der Folge wurde Franz Xaver Chang kanonisch zum Kapitularvikar der Diözese Schanghai erwählt. Das Telegramm war unterzeichnet: Ignatius Zi, Ratspräsident. Der Fides-Nachrichtendienst meldet dazu: Die beiden Priester Chang und Zi gehören zur Diözese Schanghai. Der „Rat“, als dessen Präsidenten sich Zi ausgibt, kann nur das Volkskomitee sein, das zur Leitung der lokalen schismatischen Kirche aufgestellt wurde. In Rom weiß man nicht, ob die beiden Priester tatsächlich der schismatischen Bewegung angehören und ob sie von dem Telegramm überhaupt etwas wissen. Es ist aber möglich, daß sie dem Zwang nachgegeben haben und heute, von ihrem rechtmäßigen Bischof getrennt, der „patriotischen“ Kirche dienen.

Auf das Telegramm hat der Kardinalpräfekt der Propagandakongregation geantwortet: Nach der ungerechten Einkerkelung des preiswürdigen Bischofs von Schanghai Ignatius Kung wird die Diözese weiterhin im Einklang mit can. 429 regiert. — § 1 dieses Kanons lautet wörtlich: „Wenn der bischöfliche Stuhl durch Einkerkelung, Relegierung, Verbannung oder Unfähigkeit des Bischofs derart lahmgelegt ist, daß dieser mit seinen Diözesanen nicht einmal schriftlich verkehren kann, verbleibt die Regierung der Diözese, falls der Heilige Stuhl nicht anders bestimmt hat, in den Händen des Generalvikars oder einer anderen kirchlichen Persönlichkeit, die vom Bischof delegiert ist.“ „Wir wissen“, so sagt der Fides-Nachrichtendienst, „daß in Schanghai im Augenblick der Verhaftung des Bischofs Kung sein Generalvikar da war und daß andere Priester dazu bestimmt waren, bei einer betäublichen Wendung der Dinge die Regierung der Diözese zu übernehmen.“ Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die einfachen Gläubigen etwas von diesem Telegrammwechsel wissen.

Im übrigen ist P. Chang ein Mann von 76 Jahren, von dem es heißt, daß er sich über seinen Empfang bei Mao Tse-tung, von dem er als „Kapitularvikar“ nach Schanghai zurückkehrte, kindlich gefreut habe — „eher wie ein 16jähriger als wie ein 76jähriger“.

Man hört (Fides-Nachrichtendienst, 31. 3. 56), daß die nicht zur patriotischen Gruppe übergegangenen jungen Katholiken Schanghais weiter ununterbrochen durch „Studienzirkel“ geschleust werden. Nachdem die Kirche von Ausländern befreit, dann auch von „korrupten“ chinesischen Elementen gesäubert worden ist, hat man nun die Frage zum Diskussionsthema gewählt: Ist der Papst konterrevolutionär?

Eine sonderbare Folge des Hasses der Regierung gegen die katholische Kirche ist es auch, daß der jahrhundertealte katholische Friedhof von Chala bei Peking aufgehoben worden ist: dort sind seit dem großen Jesuitenmissionar P. Ricci seit 3 $\frac{1}{2}$ Jahrhunderten in- und ausländische Missionare, Martyrer und Gläubige begraben worden. Jetzt sind Grabsteine und Gebeine an einen unbekanntem Ort verschleppt worden. Bei der Bedeutung, die für die Chinesen die Verehrung der Grabstätte der Vorfahren hat, ist das ein wohlüberlegter Akt der Kränkung.

Die französische Zeitung „Le Monde“ brachte im Februar eine ausgezeichnete Artikelserie über das kommunistische China von ihrem Sonderberichterstatter Robert Guillain, der am 15. 2. auch über die „fortschrittliche Kirche“ berichtete. Sein Eindruck ist, daß die schismatische Kirche in gewissem Sinne gesiegt hat. Das heißt: überall sind fortschrittliche Priester eingesetzt worden, die oft von weit entfernten Diözesen kommen und von denen die Gläubigen nicht wissen, daß es Schismatiker sind; sie selber hüten sich wohl, dies zuzugeben. Die Gläubigen, die die Kirche nicht besuchen würden, weil sie vermuten, es mit einem Abtrünnigen zu tun zu haben, würden sich schon allein dadurch verdächtig machen. Guillain ist jedoch der Meinung, daß *alle* noch in Freiheit befindlichen Priester nunmehr freiwillig oder unter Druck der „patriotischen“ Kirche angehören. Dem flüchtigen Reisenden erscheint alles ganz normal: die Kirchen sind offen, die Messen gut besucht. So sieht es in Schanghai aus, so in Mukden, wo Guillain zum erstenmal einem solchen Gottesdienst beiwohnte: die Kirche ist voll, die Frauen mit schwarzem Schleier, die Männer ebenso zahlreich. Allerdings sind es fast durchwegs ältere Leute, kaum Kinder, überhaupt keine Jugendlichen. In Mukden selber kann der Fremde nichts über die Lage der Kirche dort erfahren (tatsächlich sind die französischen Missionare vertrieben, der einheimische Bischof ist zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, fünf Priester sind verschwunden. Der Bischof ist im Gefängnis schwer erkrankt, und die Kommunisten haben ihn herausgelassen, halten ihn jedoch unter strengstem Hausarrest). Erst wenn man außerhalb der Grenzen ist, kann man erfahren, was in der chinesischen Kirche passiert. Guillain berichtet auch über eine Unterhaltung mit dem Dompfarrer von Peking, P. Wang, und seinem Vorgesetzten, P. Li, — beide als „patriotische“ Priester bekannt: sie streiten jede Beschränkung der Religionsfreiheit ab und leugnen oder bagatellisieren alle kirchenfeindlichen Maßnahmen. Auch P. Wang hatte eine volle Kirche, die den Uneingeweihten täuschen müßte.

Die Zahl derer jedoch, die in Gefangenschaft und bei Zwangsarbeit ihrem Glauben eine heroische Treue halten, kennt niemand.

Ein schwarzer Bischof weiht einen weißen Bischof

Im Belgischen Kongo hat am Palmsonntag, dem 25. März, ein Ereignis stattgefunden, das für die Missionskirchen von größter Bedeutung ist: ein schwarzer Bischof hat einen weißen Bischof geweiht. Damit hat die Kirche in nachdrücklichster Weise bezeugt, daß es für sie keine Rassendiskriminierung gibt, daß die farbigen Christen in der Kirche genau den gleichen Rang einnehmen wie die Weißen.

Das Ereignis fand in Kabgayi im tiefsten Innern Afrikas statt. Dort weihte Bischof Aloisius Bigirumwami, Aposto-

lischer Vikar von Nyundo, P. André Perraudin, einen Weißen Vater schweizerischer Herkunft, zum Titularbischof von Cataquas und Apostolischen Administrator von Kabgayi. Msgr. Perraudin, der durch den Krieg verhindert worden war, früher als 1947 nach Afrika zu gehen, ist im Dezember vorigen Jahres zu seinem neuen Amt ernannt worden. Msgr. Bigirumwami, dessen Eltern vor 50 Jahren von den Weißen Vätern zum christlichen Glauben bekehrt worden sind, ist 1952 konsekriert worden.

Zu der Weihe des neuen Bischofs waren mehr als 6000 Menschen erschienen, die an der Feier in der großen Kathedrale von Kabgayi teilnahmen. Auch der eingeborene König von Ruanda war erschienen. Es hat auch in nichtkatholischen Kreisen einen sehr großen Eindruck gemacht, daß hier ein eingeborener Bischof einen europäischen Bischof geweiht hat — ein Vorgang, der vor kurzer Zeit noch unvorstellbar gewesen wäre.

Die Katholiken im Sudan

Seit dem 1. Januar 1956 ist der bisher anglo-ägyptische Sudan ein selbständiger Staat in den Händen der Sudanesen. Der neue Staat umfaßt eine nördliche, fast rein mohammedanische, und eine südliche, vorwiegend heidnische Hälfte. Unter der Negerbevölkerung des Südens, 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen gegenüber den 6 $\frac{1}{2}$ Millionen in den nördlichen Provinzen, leben jedoch auch rund 149 000 Katholiken, zu denen noch rund 20 000 Katechumenen hinzugerechnet werden können. (In den Nordprovinzen gibt es nur etwa 5700 Katholiken.) Der junge Staat, auf dessen Programm freie Entfaltung aller Religionen steht, hat jedoch bis heute in der Praxis diese Freiheit angesichts der Übermacht der Mohammedaner noch nicht verwirklichen können. Der Norden des Landes ist der Kultur- und Wirtschaftsträger, während der Süden zu den unterentwickelten Ländern gehört. Einen Ausgleich und ein rechtliches Zusammenleben dieser beiden Landesteile herzustellen, muß daher eine der ersten Aufgaben des Staates sein; fanatisch mohammedanische Kreise im Norden verstehen das jedoch in dem Sinn, daß sie hoffen, den Süden in wenigen Jahren ebenfalls völlig islamisiert zu haben. Vor diesem mohammedanischen Einbruch ist der Süden bisher durch die Kolonialmacht geschützt worden.

Schon vor zwei Jahren, als das anglo-ägyptische Abkommen über den künftigen Status des Sudans unterzeichnet wurde, haben die katholischen Bischöfe des Sudans in einem Hirtenbrief die Wünsche der Katholiken herausgestellt: sie forderten Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Erziehung und selbständige Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten. Die katholische Kirche im Sudan zählt vier Apostolische Vikariate und zwei Apostolische Präfekturen; sie hat 198 Priester in ihrem Dienst, von denen jedoch nur 11 Einheimische sind. 25 Sudanesen studieren gegenwärtig in Priesterseminaren, zum großen Teil im benachbarten Uganda, einige in Rom, und die zwei Kleinen Seminare des Sudans werden von 167 Studenten besucht.

Die Missionen unterhalten in den sudanesischen Südprouvinzen eine Anzahl von Elementar- und Mittelschulen, die bis zum Sommer vorigen Jahres von über 250 000 Schülern besucht wurden. Aber seit August letzten Jahres sind alle Schulen im Südsudan auf Anordnung der Regierung infolge der blutigen Unruhen, in denen südsuda-

nesische Truppen gegen ihre nordsudanesischen Offiziere meuterten und viele Beamte aus dem Norden flohen, geschlossen. Gewisse Zeitungen wollten damals die Schuld den Missionaren und den evoluierten Christen des Südens zuschieben. Der Haß des Südens gegen den Norden stammt aus der Zeit des Sklavenhandels, als die Mohammedaner des Nordens ihre Negersklaven aus den Südprominzen bezogen. Der religiöse Faktor tritt erst in zweiter Linie zu dieser Spannung hinzu. Immerhin ist auf dem 1. Kongreß der Katholischen Aktion im Sudan im Februar dieses Jahres auf folgende Punkte in den Beziehungen zwischen Mohammedanern und Katholiken im Sudan hingewiesen worden:

1. Während sich Regierung und Stadtbevölkerung für die Religionsfreiheit erklären, sind die Christen noch einer Reihe von Beschränkungen unterworfen.
2. Gewissensfreiheit ist wohl verkündet worden, aber es besteht noch eine gesetzliche Bestimmung, wonach man zum Religionswechsel die Genehmigung der Provinz und des Gouverneurs braucht.
3. Das öffentliche Zeremoniell vollzieht sich nach mohammedanischem Ritus, so daß die Katholiken sich gehemmt fühlen, daran teilzunehmen.
4. Christliche Friedhöfe, wie die von Omdurman und Port Sudan, sind geschändet, die Kreuze umgestoßen worden.
5. Gegen die Christen des Südens sind beleidigende Worte gebraucht worden. Diese Christen finden nur schwer Arbeit bei den Mohammedanern. Selbst die Polizei ist manchmal christenfeindlich eingestellt.

Die Südprominzen sind gegenwärtig sehr verärgert, weil die Schulen auch zum neuen Schulbeginn im April und Mai nicht wieder geöffnet worden sind, obwohl die Ruhe schon lange wiederhergestellt ist. Im Sudan soll künftig Arabisch überall Unterrichtssprache sein, was für den Süden die Einführung eines ganz neuen Schulplans bedeutet, eine Belastung, die mit jeder weiteren Verlängerung der Schulschließung größer wird. Die Schulen wurden hier bisher in der Landessprache geführt. Der Staat wird künftig Privatschulen wohl dulden, aber danach streben, allmählich ein Staatsmonopol im Unterrichtswesen zu erreichen (Fides-Dienst, 7. April).

Ökumenische Nachrichten

„Rechte Hilfe“
für die
Ost-EKD

Das Wesentliche in der Entwicklung des Verhältnisses der DDR zu den christlichen Religionsgemeinschaften ist nicht so sehr jene Verschärfung der Spannung, etwa in Sachen Jugendweihe, Bahnhofsmision und Religionsunterricht an den Schulen, wovon in jüngster Zeit viel die Rede war. Diese Spannung war verhältnismäßig begrenzt — auf der Durchführung der Jugendweihen wurde zu Ostern nicht mehr nachdrücklich bestanden —, und sie wurde schon überschattet von dem Bestreben Pankows, eine Generalbereinigung des Verhältnisses zu den Kirchen, einen vertraglichen Modus vivendi vorzubereiten, um dadurch die DDR besser zu konsolidieren: die Kirchen sollen durch eine solche Vereinbarung der DDR zur endgültigen Anerkennung verhelfen.

In diesem Zusammenhang veröffentlicht „ein maßgeblicher kirchlicher Mitarbeiter aus der DDR“ im „Informationsblatt“ (Hamburg, Jhg. 5 Nr. 8, 2. Aprilheft 1956, S. 119) einen bemerkenswerten Beitrag, wie man den öst-

lichen Gliedkirchen der EKD in dieser besonderen Lage die rechte Hilfe leisten könne. Gemeint ist geistliche Hilfe. Der Verfasser sagt, daß jede solche Hilfe erstens auf dem Grunde einer rechten Fürbitte beruhen müsse. Sodann gehöre dazu „die rechte Sicht der Situation. Es besteht heute die große Gefahr, daß die deutschen Menschen in Ost und West sich auseinanderleben . . . Außerlich sprechen wir wohl dieselbe Sprache, aber wir verstehen uns kaum mehr. Die Lebens- und Denkformen sind so grundverschieden, daß man erst lange den Weg zueinander suchen muß. Man erlebt das zum Teil schon in den einzelnen Familien selber. Die beiden Wirtschaftsstrukturen sind so diametral entgegengesetzt, daß es für Westdeutschland leichter ist mit dem westlichen Ausland ins Gespräch zu kommen als mit dem östlichen Teil Deutschlands . . .“ Aus dieser Sachlage erhebe man gegenseitig den Vorwurf: „Ihr wollt die Wiedervereinigung ja gar nicht.“ Die Kirche müsse sich aus dieser gegenseitigen Verketzerung heraushalten: „Nur dann kann sie ihre Aufgabe, eine Klammer zwischen Ost und West zu sein, erfüllen, wenn sie in dieser Situation beiden Seiten das Vertrauen entgegenbringt, daß mindestens bona fide der Wille zur Wiedervereinigung auf beiden Seiten vorhanden ist. Das bedeutet nicht, daß die Kirche kritiklos beide politischen Konzeptionen als richtig anerkennt. Sie wird beiden gegenüber ihre Fragen anmelden; eine rein marxistische Konzeption wird sie zudem auf jeden Fall ablehnen müssen. Aber sie wird es die Gesprächspartner merken lassen, daß sie ein gutes Wollen bei ihnen respektiert, und sie wird, so sehr man es ihr auch verdenken mag, auf beiden Seiten die Bereitschaft zu einem echten Gespräche wachhalten.“

Beide Regierungssysteme für die EKD „nur provisorisch“

„Für beide Regierungen in Deutschland und auch für beide Regierungssysteme ist der Gesprächspartner jedesmal die EKD. Sie hat nach beiden Seiten aus der gleichen Sicht zu reden. Das heißt aber, sie hat beiden Regierungen zu sagen, daß die EKD in ihnen nur ein Provisorium sieht. Das bedeutet nicht, daß sie keine verbindlichen Abmachungen mit den einzelnen Regierungen treffen dürfte. Das ist einfach geboten, z. B. in der Frage der Militärseelsorge oder auch in rein finanziellen Fragen. Aber es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob die EKD in der Bundesrepublik ein Definitivum und nur in der DDR ein Provisorium sehe. Hinter dem im Osten gegen die EKD erhobenen Vorwurf, sie begünstige die Nato-Politik, steht weithin dieser Eindruck. Die Kirchen des Westens haben also, wenn ihnen an einer wirksamen Hilfe für die Kirchen des Ostens gelegen ist, ihre eigenen Verlautbarungen daraufhin zu überprüfen, ob, sicher ungewollt, dieser Eindruck entstehen kann.“

Als letztes bittet der ungenannte Verfasser, man möge sich in kirchlichen Verlautbarungen in der Presse des Westens größere Zurückhaltung auferlegen, besonders bei den inneren Auseinandersetzungen etwa um das Kirchliche Außenamt, weil diese Dinge im Osten in einer abträglichen Weise für die Kirche ausgenutzt werden.

In dieser Stellungnahme eines „maßgeblichen“ lutherischen Vertreters aus der Ostzone fällt die Hartnäckigkeit auf, mit der die Linie des Berliner Evangelischen Kirchentages von 1951 festgehalten wird, wonach die EKD gleichsam den „dritten Ort“ darstellt, von dem aus die verschiedenen Regierungssysteme politisch bewertet werden können (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 537f.). Das ist praktisch eine Spitze gegen die Bundesrepublik.